

Posener Zeitung.

Inserte (1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum;...

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 30. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Prinzen Wilhelm von Baden Großherzogliche Hoheit, Obersten à la suite der Armee, die Schwerter zur ersten Klasse en sautoir des Rois de Prusse zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Bronce-Waaren-Fabrikanten Johann Christian Karl Spinn und Otto Karl Georg Spinn, dem Glasermeister und Spiegelwaaren-Fabrikanten Gottfried...

Der bisherige Königlich sächsische Konjunkt. Dyppeheim in Köln ist zum Königlich sächsischen General-Konjunkt in Köln für die Rheinprovinz und Westfalen ernannt und in dieser Eigenschaft diesseits anerkannt worden.

Der Königl. Kreisbaumeister Geyer zu Posen ist zum Königl. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektor-Stelle zu Gnesen verliehen worden.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-Lotterie fiel der 2. Hauptgewinn von 100,000 Thlr. auf Nr. 16,255. 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 44,051. 3 Gewinne zu 5000 Thlr. fielen auf Nr. 23,555, 46,231 und 73,778. 3 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 12,752, 14,911 und 23,278.

Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 849, 3441, 6824, 9159, 10,866, 12,768, 19,080, 20,180, 24,857, 24,086, 25,208, 27,817, 28,670, 33,545, 36,404, 41,707, 45,409, 51,195, 53,229, 56,639, 59,731, 62,391, 62,967, 63,394, 65,085, 65,784, 65,789, 67,137, 68,360, 70,325, 73,853, 74,604, 76,729, 78,910, 85,318, 89,662, 90,027, 91,835 und 94,481.

Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 4377, 8489, 9659, 10,373, 13,653, 18,737, 19,134, 19,374, 34,817, 35,271, 38,061, 39,526, 49,988, 50,084, 50,333, 52,284, 55,117, 55,328, 56,193, 59,036, 59,971, 60,697, 67,575, 68,902, 70,262, 71,653, 77,681, 77,768, 82,253, 84,765, 87,626, 87,692, 90,209, 91,484 und 94,988.

Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 415, 2355, 2433, 3102, 3464, 7396, 8421, 8618, 10,055, 10,209, 12,486, 14,737, 15,170, 15,434, 15,997, 18,005, 20,859, 21,025, 22,713, 22,894, 23,464, 23,590, 23,338, 24,894, 26,678, 27,103, 30,652, 31,219, 32,054, 32,666, 33,747, 34,739, 34,860, 35,016, 35,610, 35,926, 42,061, 42,265, 43,046, 43,920, 45,291, 45,301, 45,717, 48,532, 49,977, 52,758, 53,990, 55,171, 57,367, 58,530, 59,890, 62,610, 64,234, 67,827, 68,221, 69,602, 70,070, 72,697, 75,399, 75,907, 76,802, 76,890, 77,654, 78,694, 79,980, 81,765, 82,311, 83,470, 86,471, 86,706, 92,128 und 94,695.

Berlin, den 29. April 1861. Königl. General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Montag, 29. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Kriegsminister einen Anlehenskredit auf Höhe von 8 Millionen Gulden für bereits stattgehabte und weitere Rüstungen vor. Der Handelsminister brachte einen Gesetzentwurf zu einem Anlehenskredit von 20 Millionen Gulden zum Bau neuer Eisenbahnen ein, und zwar von Ansbach nach Würzburg, von München nach Ingolstadt und von Nördlingen bis zur württembergischen Grenze.

London, Montag, 29. April Mittags. Hier eingegangene Berichte melden aus Washington vom 18. d., daß der Präsident der Südstaaten, Davis, die Autorisation zur Ausstellung von Kaperbriefen erteilt und die Absicht ausgedrückt habe, 150,000 Freiwillige aufzurufen. Der Rufus des Präsidenten Lincoln ist von den Vereinigten Staaten mit Begeisterung aufgenommen worden.

Neapel, Montag, 29. April. Es finden noch fortwährend Verhaftungen statt. Die Stadt und die Provinzen sind ruhig.

(Eingeg. 30. April 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 29. April. [Die römische Frage; Besorgnisse der Schweiz; eine Antwort Preußens an die Würzburger.] Die Zweifel, welche ich jüngst den Gerüchten über eine angeblich nahe bevorstehende Rückberufung der französischen Truppen aus Rom entgegenstellte, werden jetzt von allen Seiten bestätigt. Obenan erklären offizielle Organe des Kaiserlichen Kabinetts, daß die französische Okkupation fortdauern werde, und zwar sowohl um den heiligen Stuhl zu schützen, als um einen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Italien zu verhüten. Daß die Pariser Blätter bei der Okkupation einen eigenen, selbstständigen Zweck der französischen Politik nicht zugestehen, kann nicht auffallen; wohl aber klingt es wunderbarlich, wenn sie noch dazu behaupten, daß die europäischen Mächte, England an der Spitze, mit dem Verbleiben der französischen Truppen im Herzen Italiens vollkommen einverstanden sind. Vielmehr steht fest, daß von englischer Seite wiederholte Vorstellungen gegen die unbegrenzte Fortdauer der Okkupation wiederholt worden sind, und daß auch gegenwärtig das britische Kabinet für das Aufheben derselben thätig ist. Uebrigens hält man hier an der Ueberzeugung fest, daß Napoleon geneigt sein würde, den Wachdienst beim heiligen Stuhle aufzugeben und eine Lösung der römischen Frage im Sinne der Turiner Wünsche

zu fördern, wenn ihm von dieser Seite eine genügende Entschädigung für das Zugeständnis geboten würde. Die „Kauzener Zeitung“ hat sich in einer Reihe von Artikeln mit der Stellung Frankreichs zur Schweiz beschäftigt und unumwunden erklärt, Napoleon III. hege die Absicht, die Schweiz in vollständige Abhängigkeit von Frankreich zu bringen, um vor da aus seine Herrschaft noch weiter auszubreiten. Das Blatt verschert schließlich, daß es für seine Behauptung die Beweise in Händen habe und bereit sei, dieselben den kompetenten Behörden mitzutheilen. (S. Nr. 96.) Diese Auslassungen haben in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Man ist geneigt, auf dieselben einig Gewicht zu legen, weil die „Kauzener Zeitung“ nicht ohne Verbindung mit diplomatischen Persönlichkeiten ist. Bekanntlich haben die Würzburger Bundesgenossen dem hiesigen Kabinet das Ergebnis ihrer Beratungen über die Bundeskriegsverfassung in Form einer Konvention mitgeteilt. Unsere Regierung war mit ihrer Antwort im Rückstande geblieben, weil sie den Ausgang der mit Frankreich angeknüpften Unterhandlungen abwarten wollte. Da die letzteren unfruchtbar verlaufen, so ist, wie ich erfahre, in diesen Tagen die Rückübernahme an die Würzburger erfolgt, welche unter Hinweis auf die Bemühungen Preußens um die Befreiung Deutschlands die Gründe entwickelt, aus welchen unsere Regierung an ihren bekannten Vorschlägen für Revision der Bundeskriegsverfassung festhalten muß.

[Berlin, 29. April. Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Im Laufe des heutigen Tages ließ sich der König von den Geheimräthen Ulair und Costenoble und den General-Adjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel Vorträge halten und empfing darauf mehrere Militärs und andere hochgestellte Personen. Mittags 1/2 Uhr war im königlichen Palais eine Konferenz, zu welcher die Minister v. Auerwald, v. Schleinitz, v. Bernuth und Graf Schwerin befohlen waren und an der auch der Kronprinz und der Fürst von Hohenzollern theilnahmen. Nach beendigter Beratung machten der König und die Königin eine kurze Spazierfahrt. Das Wetter war heute wieder recht traurig; Hagel, Schnee und Regen wechselten den ganzen Tag über mit einander ab und dabei herrschte eine Kälte, daß Jedermann wieder auf der Straße in Winterkleidung erscheint. Wegen dieses Wetters hat auch die Herzogin von Sagan ihre Rückreise nach Sagan bis zum Mittwoch verschoben. Am Sonnabend war bei der hohen Frau eine Soirée, zu der sie die Majestäten, die Mitglieder der königlichen Familie und andere fürstliche Personen, sowie den Minister v. Schleinitz, den französischen Gesandten, den General-Feldmarschall v. Wrangel ic. eingeladen hatte. Die Sängerin Signora Laborde trug in dieser glänzenden Abendgesellschaft mehrere Lieder vor. Heute Abend ist im königlichen Palais große Theeegesellschaft. Der Kronprinz war heute in Potsdam und wohnte daselbst den Truppenübungen bei. Die Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht und Prinz August von Württemberg nahmen an den Exercitien Theil, die hier auf dem Tempelhofer Felde von verschiedenen Regimentern ausgeführt wurden. Wie ich aus bester Quelle erfahre, dringt der Polizeipräsident v. Zedlitz darauf, daß die Angelegenheit der Polizeiverwaltung endlich zum Austrag gebracht werde. Dieser Wunsch ist auch in der Stadt allgemein; man will wissen, durch wessen Schuld das Ansehen dieser Behörde auf eine so unerhörte Weise erschüttert worden ist. Dabei denkt aber Niemand daran, die Ehrenhaftigkeit des Hrn. v. Zedlitz anzuzweifeln und weil man von derselben überzeugt ist, so verlangt man auch von ihm, daß er es selber, ohne Ansehen der Person, für seine heilige Pflicht halte, diesem Skandal ein Ende zu machen. Wohin man jetzt kommt, werden nur diese Vorgänge verhandelt. Aus Paris wird hier der dortige türkische Gesandte Vely Pascha erwartet, welcher im Auftrage des Sultans unserm Könige den großen Stern zum Medjidieorden überbringt. Vely Pascha wird etwa 14 Tage in Berlin verweilen. Der Oberpräsident v. Bonin ist seit einigen Tagen wieder hier anwesend und hat seinen Sitz im Abgeordnetenhaus eingenommen. Heute Mittag war Hr. v. Bonin längere Zeit im Ministerium des Innern. In der St. Hedwigskirche beginnen am Mittwoch die Maivandachten und werden dieselben Abends abgehalten. Die auf den ersten Pfingstfeiertag angelegte Einweihung der neuen katholischen St. Michaelskirche soll mit großem Glanze vor sich gehen und werden an derselben auch mehrere auswärtige Geistliche theilnehmen; ebenso werden auch die hier anwesenden katholischen Mitglieder des Landtags dabei erscheinen. Am Sonnabend langten hier acht italienische Musiker an, welche die Absicht hatten, in hiesigen Lokalen zu spielen. Da sie hierbei aber auf Schwierigkeiten stießen, so haben sie heute Mittags Berlin verlassen und wollen ihr Glück in Potsdam versuchen. Von dieser ganzen Gesellschaft konnte sich nur ein Mitglied in der deutschen Sprache etwas verständlich machen. Alle wollten unter Garibaldi gedient haben und stellten entschieden Abrede, daß die Musiker, welche sich hier in der Balhalla produzierten, echte Garibaldianer und Italiener gewesen seien.

[Polnische Agitation.] Der „BZ.“ wird von der polnischen Grenze geschrieben: Die Agitationen in unsern von polnischer Bevölkerung dichter bewohnten Dörfern dauern noch immer fort, und selbst in manchen vorwiegend von Deutschen bewohnten Städten, wie z. B. in Kulm und Schneeg, scheut man sich nicht, noch immer kirchliche Exequien, für die in Warchau gesallenen polnischen Brüder, wie es in den öffentlichen Einladungen heißt, zu veranstalten. In Kulm ist in einer Druckerei ein Lied in Poleschlag genommen worden, das bei solchen Gelegenheiten in den Kirchen abgesungen und selbst in die Häuser kolportirt worden war, das unzweideutig zum Aufruhr und Hochverrath auffordert. Die Beschlagnahme ist durch die Staatsanwaltschaft bis jetzt nicht aufgehoben. Die katholische Geistlichkeit unterstützt diese Wühlereien

leider, einzelne zur Abhaltung deutscher Predigten verpflichtete Geistliche stellten selbst diese Funktion ein und mußten erst in Folge einer an den Bischof v. d. Marwitz gerichteten Beschwerde zu ihrer Pflicht zurückgeführt werden. Herr v. d. Marwitz tritt solchen Demonstrationen allerdings entgegen, allein ehe seine Residenz Pselpin erreicht wird, ist Manches geschehen, was hinterher nicht wieder gut zu machen ist. Den Priester, welcher den „Przyjacieli ludu“ redigirte, hat der Bischof in ein anderes Amt versetzt, um ihn dieser regierungs- und volksfeindlichen Thätigkeit zu entheben.

Oestreich. Wien, 28. April. [Tagesnotizen.] S. M. die Kaiserin reist heute von Funchal ab und dürfte am 18. Mai in Triest ankommen. Die „Mediz. Wochenschrift“ meldet: Eine Typhusepidemie ist plötzlich über Wien gekommen; sämtliche Spitäler sind überfüllt, das Militärhospital in der Leopoldstadt und sogar das seit der Uebergabe an die Schwestern in Misfredit gekommene Wiedner-Spital haben keine leeren Betten mehr zur Verfügung, und einengermassen Raum zu schaffen, werden chronische Kranke ins Landspital nach Klosterneuburg überführt und die Behörde muß Fürsorge treffen für den Fall, daß die gegenwärtige Zunahme von Kranken fortdauern sollte. Der gewesene Alterspräsident des ungarischen Landtages Palocz ist am 27. d. in Pesth gestorben.

[Protest des Herzogs von Modena.] Graf Cavour hat die diplomatischen Vertreter Sardiniens in Stockholm, in Brüssel und im Haag beauftragt, den dortigen Höfen anzuzeigen, daß Victor Emanuel den Titel eines Königs von Italien angenommen hat. Der Protest, welchen der Herzog von Modena gegen diesen Akt d. d. Wien, 30. März, erlassen hat, lautet der „Wien. Z.“ zufolge:

Den Titel eines Königs von Italien, den sich der König von Sardinien von einer Versammlung votiren läßt, die größtentheils aus Unterthanen besteht, die Rebellen wider ihre rechtmäßigen Herrscher sind, hat das Siegel auf die lange Reihe seiner Usurpationsakte gedrückt, gegen welche Wir bereits unter dem 14. Mai und 22. Juni 1859 so wie unter dem 22. März 1860 protestirt haben. Diese neue, den rechtmäßigen Souveränitäten in Italien und so auch unserer Souveränität angethane Schmach nöthigt Uns, laut unserer Proteste zur Wahrung unserer Rechte zu erneuern, die durch keinen Akt, der nicht aus Unserem Willen hervorgegangen, geschwächt werden können. Europa wird sich erinnern, wie Derjenige, welcher in so unwürdiger Weise den Staat unterdrückt, den Wir von Unseren Vorfahren ererbt haben, derselbe Monarch ist, den der großmüthige Sieger auf seinem schwankenden Throne besetzt hat und der die revolutionären Intrigen seit jener Zeit nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen alle anderen Regierungen Italiens verdoppelte, während er sich anstellte, freundschaftliche Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Nicht im Stande durch eigene Kraft auf Eroberungen auszugehen, verdankte er nur der Hilfe einer fremden, von ihm nach Italien gezogenen Armee den Erfolg, daß er sich zum Herrn der Länder machen konnte, nach denen er seit langer Zeit Gelfüste begte. Unser Staat war mit in der Zahl dieser Länder. Er verlor hierdurch seine Autonomie und sank zu einer bloßen Provinz herab, die den fortwährend zunehmenden Belastungen der Staatsschuld und der Steuern unterzogen wurde. Die gegenwärtigen Machthaber haben sich daselbst bis jetzt nur durch Gewaltthätigkeiten, Vornahme von Hausunterdrückungen, willkürliche Verhaftungen, Güterkonfiskationen ohne vorhergehende Beurteilung und übermäßige Melirungen bemerklich gemacht. Wenn dieses nicht zur Qualifizierung der Regierung hinreichte, die sich Unserem Lande ausgedehnt hat, so darf man sich nur ins Gedächtniß zurückrufen, daß es dieselbe Macht ist, über welche alle ehrenhaften Leute den Stab brachen, als sie plötzlich in die Marken und Umbrien einfiel und mit numerischer Uebermacht jene handvoll Braven erdrückte und vernichtete, die aus verschiedenen katholischen Bänden zur Verteidigung des heiligen Stuhles herbeigekommen waren. Derselbe Regierung ist es, welche, indem sie sich beizte, einer kosmopolitischen, dem Untergange nahen Blutsverwandtschaft bezuziehen, in der illoyalsten Weise in den Staat des edlen und tapfern Königs der beiden Sicilien einbrach. Die wilden Proklamationen und die unerhörten Grausamkeiten, die in diesem Königreich gegen alle diejenigen verübt wurden, die ihrem rechtmäßigen König treu geblieben waren und sich dem Usurpator nicht unterwerfen wollten, sind bekannt und unbefreitbar. Hierzu kommt noch das perfide System, das darauf abzielt, die Religion zu stützen und die öffentliche Moral zu verderben; ein System, das so wie auf allen anderen Ländern Italiens, auch auf Unseren Unterthanen lastet, deren große Majorität sich von jeher durch Ehrfurcht vor dem katholischen Glauben und durch die dem rechtmäßigen Souverän bewahrte Treue auszeichnet hat. Tiefbetruht durch eine solche Situation, ist es unsere Pflicht, neuerdings und auch im Namen jener Majorität unsere Stimme gegen den neuerlichen Akt des Königs Victor Emanuel zu erheben, der im direkten Widerspruch zu allen Grundsätzen der Ehrlichkeit (honesteté) und zu allen internationalen Verträgen, den Züricher Vertrag mit inbegriffen, steht; demgemäß appelliren Wir an die befreundeten Mächte, die, wie Wir überzeugt sein wollen, schließlich so viele Ungerechtigkeiten rächen werden. Durchdrungen endlich von der Gültigkeit unserer Rechte auf den Staat, den die göttliche Vorrichtung Uns anvertraut hat und den Wir von Unseren Vorfahren ererbt haben, und ebenso durchdrungen von der Pflicht, die Wir Unseren Nachfolgern schulden, erklären Wir, keine günstige Gelegenheit vorübergehen lassen zu wollen, um in den Besitz des besagten Staates zurückzukehren und in denselben die Ordnung und die rechtmäßige Regierung zurückzuführen. Die Ehre und die Pflicht, sowie die Gefühle der aufrichtigsten Zuneigung, die Wir bewahrt haben sowohl Unserem Geburtslande als Unseren vielgeliebten Unterthanen, von denen eine sehr große Anzahl mit wahrhaft bewundernswerther Standhaftigkeit Uns fortwährend Treue und Ergebenheit bezeugt, legen Uns diese Verpflichtung auf. Franz.

Leipzig, 26. April. [Wom Landtage.] Heute wurde beschlossen, daß der Landesauschuß sich um Aufhebung der Ingenieur der Behörden bei Verwaltung des Ossolinski'schen literarischen Institutes bewerbe und den Entwurf einer Vorlage wegen Einführung der polnischen und ruthenischen mit Ausschließung der deutschen Sprache in Administration, Justiz und Verwaltung vorbereite. Die Wahlen sind vorwiegend konservativ ausgefallen; unter den gewählten Reichsräthen befinden sich 26 Polen, 12 Ruthenen, 11 Großgrundbesitzer, 9 Geistliche, 6 Bauern. Bezüge für die Reichsrathsabgeordneten aus dem Landesfonds wurden nicht zugestanden. Der Landtag wurde geschlossen. Der Landmarschall dankte der Versammlung.

Venedig, 22. April. [Keine Reichsrathswahlen.] Gestern hatten sich die Räte der Zentralkongregation zur Vornahme der Wahl für den Reichsrath versammelt. Die Versammlung blieb ohne Erfolg. Es wurde kein Deputirter gewählt. Die natürliche Schwierigkeit liegt wohl darin, daß die kaiserlichen Patente vom 20. Oktober und vom 26. Februar die lombardisch-venetianischen Provinzen von der Theilnahme an den gegebenen

Konfessionen größtentheils ausschlossen, daher die Leute wohl keinen besonderen Anlaß hatten, den Reichsrath zu beschicken. Ob die Zentralkongregation eine weitere Versammlung abhalten werde, ist vor der Hand nicht bekannt. (A. 3.)

**Bayern.** München, 27. April. [Prof. Falmerayer.] Gestern Nachts verschied Prof. Philipp Jakob Falmerayer, 70 Jahr alt. Obgleich seit längerer Zeit an einer fortschreitenden Rückenmarkslähmung leidend, fand er gleichwohl früher, als zu erwarten, einen schmerzlosen Tod. Seine geistigen Kräfte blieben bis zum letzten Tage ungeschwächt. Gestern früh fand man ihn todt im Bette. Vorgestern war er noch ganz fröhlich und heiter gewesen.

**Baden.** Heidelberg, 27. April. [Chemische Entdeckungen.] Durch unsern bekannten Chemiker Bunjen sind zwei neue Elemente entdeckt worden; eines derselben ist von ihm Erium genannt worden, das andere, ein Alkaloid, soll noch einer weiteren Untersuchung gewürdigt werden.

**Hessen.** Darmstadt, 26. April. [Der Toast des Ministers v. Dalwigk.] Als unlängst die neue Brücke eingeweiht wurde, welche bei Rehl über den Rhein führt, brachte bekanntlich Herr v. Dalwigk in Baden-Baden einen Toast auf den Kaiser Napoleon aus, worin er denselben als den Bezwingen der Revolution pries. Dieser Toast hat mit Recht vielfaches Mißfallen erregt, und wie der „Pfalz. Cour.“ mittheilt, hat nicht bloß König Ludwig von Bayern in einem Briefe an seinen Schwiegerohn, den Großherzog von Hessen, sein entschiedenes Mißfallen über das Auftreten des Ministers ausgesprochen, sondern auch von Wien aus sollen dem großherzoglichen Hofe Eröffnungen in gleichem Sinne gemacht worden sein.

Kassel, 26. April. [Wahlen.] Wie die „Hess. M. Z.“ aus Marburg erfährt, hat dort am 23. die Wahlmännerwahl stattgefunden. Von 104 Berechtigten wählten 66; die Uebrigen enthielten sich der Abstimmung; 53 wählten mit Rechtsvorbehalt, welcher zu Protokoll genommen wurde. Die 16 Gewählten stehen sämmtlich auf dem Boden der Verfassung von 1831.

Kassel, 27. April. [Wahlen.] Die so eben vollzogene Wahl der Wahlmänner, welche für Kassel zwei Abgeordnete für die Zweite Kammer zu wählen haben, fiel auf dieselben Männer, deren Verfassungstreue bei der letzten Wahl sich bewährte. Sämmtliche Wähler, Einen ausgenommen, wählten unter Rechtsvorbehalt.

Hanau, 26. April. [Wahlen.] Heute fand die Wahl der Wahlmänner für die demnächstige Deputirtenwahl dahier statt. Der Ober-Bürgermeister verlas die bekannte Ministerialbelehrung (s. Nr. 93). Hierauf wählten von 100 erschienenen Wahlberechtigten 99 unter Vorbehalt des Verfassungsrechtes vom Jahre 1831 und in der Erwartung, daß die Gewählten ebenfalls das Landesrecht wahren würden. Nur Einer fügte seiner Wahl keine besondere Verwahrung hinzu, jedoch bezeichnete er dieselben 16 Wahlmänner, die von den 99 Protestirenden gewählt waren. (Zeit.)

**Rassau.** Wiesbaden, 26. April. [Für Münzeinheit.] Die Ständeversammlung hat einstimmig den Antrag angenommen, die Regierung wolle auf den deutschen Münzkonferenzen, sowie auf jede sonst thunliche Weise dahin wirken, daß das rheinische Münzsystem ausgegeben und für ganz Deutschland das preussische Mittel-Thalerstück und das österreichische Halbgoldstück (35 Kr. Rheinisch) unter dem Namen „eine Mark“ als Rechnungs- und Münzeinheit angenommen werde, in der Art, daß zur Herstellung eines Dezimalsystems die Mark in 10 Groschen und der Groschen in 10 Pennige getheilt wird, der österreichische Gulden (gleich 2 Mark) aber in 70 Kreuzer zerfällt, so daß 7 Kreuzer gleich 2 Groschen sind. Hiernach wäre 1 österreichischer Gulden 2 Mark, 1 preussischer Thaler 3 Mark, 1 Fünf-Frankenthaler 4 Mark und ein Doppel- bez. Vereinsthaler 6 Mark.

[Unterhandlungen mit dem bischöflichen Stuhl.] Sicherem Vernehmen nach hat der Herzog gestern den Dekan Petmeky mit dem Auftrage betraut, wegen endlicher Regelung der kirchlichen Verhältnisse und Differenzen zwischen der herzoglichen Regierung und dem bischöflichen Stuhle mit letzterem in Unterhandlung zu treten. Zu diesem Behufe ist Dekan Petmeky heute Mittag bereits nach Limburg abgereist. (Mittelh. 3.)

[Der Juden eid.] In unserer Gesetzgebung bestand bis jetzt immer noch der sogenannte „Juden eid“ und nebenbei die barbarische Bestimmung, daß der Jude gegen den Christen nicht als vollgültiger Zeuge auftreten könne. Um diesem jedenfalls sehr lästigen Zustande abzuhelfen, hat die Regierung den Rammern einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, der die seitherige Form des Juden eides abschafft, so daß künftig auch der Israelit nur mit der einfachen Formel schwören wird: „So wahr mir Gott helfe“, und nebenbei auch jene die Zeugenschaft betreffende Bestimmung in Wegfall bringt. (Fr. 3.)

Wiesbaden, 27. April. [Die Ständeversammlung.] hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die hohe Regierung wolle ihren Bundestagsgesandten dahin instruiren, daß dieser sich künftig nicht mehr an Beschlüssen betheilige, welche in das innere verfassungsmäßige Leben der Einzelstaaten eingreifen, und zur näheren Begründung dieses Antrages eine Kommission bestellt.

**Großbritannien und Irland.**

London, 26. April. [Das Ministerium und die Opposition.] Die Haltung, welche die Opposition dem Ministerium gegenüber in der Budgetfrage einzunehmen beabsichtigt, ist noch immer nicht genau bekannt. Zu den Gerüchten ist ein neues gekommen: Lord Palmerston sei entschlossen, für das ganze Budget in allen seinen Theilen einzustehen, und zu einer Parlamentsauflösung bereit, wenn ein wichtiger Bestandtheil desselben vom Unterhause verworfen werden sollte. Der Ursprung dieses Gerüchtes läßt sich bis in den Reformklub verfolgen. Ganz anders freilich lauten die Versicherungen der Gegner der Papiersteuer: Lord Palmerston denke nicht daran, sich Gladstone's und der Manchesterleute wegen zu opfern, am allerwenigsten werde er zu einer Parlamentsauflösung schreiten, wohl aber im schlimmsten Falle abdanken, worauf die Königin sich an Lord Derby wenden und dieser wieder der Königin nothgedrungen erklären würde, daß sie nichts Besseres thun könne, als Lord Palmerston abermals mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu betrauen, woburch dann Palmerston nur in die Lage gesetzt wäre, ohne Gladstone und Gibson ein neues Kabinett zu bilden. Folglich, so schließt man, brauche Niemand aus Furcht vor einer Auflösung für die Papiersteuer zu stimmen. Da indeß

diese Gerüchte den verschiedensten politischen Klubs entsprungen, tragen sie auch den Stempel von Parteimanövern. Während in dieser Situation der „Morning Herald“, das Organ der Partei Derby-Distrahi, fortwährend gegen das Budget ankämpft, giebt es zugleich zu verstehen, seine Partei werde mit Bezug auf Italien am Ende dasselbe thun, was Lord J. Russell gethan, nur in anderer Weise. „Wenn Lord Derby morgen Premierminister wäre“, sagt das Toryblatt, „so würde er ohne Zweifel in seiner Weisheit die in Italien begründete Ordnung der Dinge vollständig anerkennen. Er wäre für eine wirkliche Plünder der Nichtintervention und würde nicht den von Lord J. Russell so hochgepriesenen heillosen „moralischen Einfluß“ üben. Er würde England wieder zu einer Macht unter den Nationen und nicht zu dem, was sie jetzt ist, zu einer bloßen Null machen. Weier Frankreich noch Rußland sollte es dann zum Schleppträger seiner selbstischen und beleidigenden Politik herabdrücken. Es würde gefürchtet und geachtet sein, wie es dies stets unter einer konservativen Regierung gewesen ist. Dies Alles verträgt sich mit der Aufrechterhaltung des Friedens, der reinen Nichtintervention und mit der Anerkennung konstitutioneller Rechte, wo immer sie begründet sind. Will Jemand behaupten, daß England jetzt noch sein Prästigium oder seinen Einfluß besitz? Die Zustimmung, die es den verschiedenen Phasen der italienischen Entwicklung gab, war bloß an gemeines Ja-Rücken zu den Plänen und Absichten Frankreichs. Und wenn sich einmal eine unabhängige Meinung kundgab, wie in der Depesche vom letzten Oktober, so stieß sie jedes Prinzip der Klugheit und Staatskunst vor den Kopf. Wenn man auch die jähe Strömung der Ereignisse in Anschlag bringt, so kann man nicht sagen, daß die Palmerstonische Regierung, sei es in Italien, Syrien, der Türkei oder sonst wo, sie gelenkt, geschweige beherrscht hat, während leider die Macht und der Einfluß Frankreichs sich überall fühlbar gemacht und Anerkennung verschafft haben. Dies ist für England eine gesunkene Stellung, aus der es wieder emporgehoben werden muß und nur durch eine konservative Regierung emporgehoben werden kann.“

[Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung.] Der vom Parlamente niedergesetzte, aus seinen hervorragendsten Mitgliedern zusammengesetzte Ausschuß, welcher über eine mögliche Vereinfachung des parlamentarischen Geschäftsganges berathen sollte, hat jetzt das Resultat seiner Sitzungen veröffentlicht. Nach einer längeren Einleitung, in welcher die in den Jahren 1837, 1848 und 1854 zu gleichem Zwecke niedergesetzten Ausschüsse berücksichtigt sind, macht das jetzige Komite einige Vorschläge, von denen es meint, daß sie den Geschäftsgang wesentlich vereinfachen würden, ohne der freien Berathung Eintrag zu thun. Sie bestehen der Hauptsache nach in Folgendem: Es soll der zeitraubende Mißbrauch abgeschafft werden, daß Jedermann beliebige Anträge vorbringen dürfe, wenn das Haus daran ist, sich als Finanzkomitee zu konstituiren. Desgleichen der Mißbrauch, daß an jedem Freitag ein besonderer Antrag auf Vertagung des Hauses bis zum nächsten Montag gestellt werden müsse, da dieser formelle Antrag bekanntlich regelmäßig zu Interpellationen und Konversationen benutzt wird. Ferner sollen an Freitagen die Gegenstände der Tagesordnung und die Anträge der Regierung vor allen anderen erledigt werden. Und schließlich sollen Vias, die durchs Komitee gegangen sind, zur dritten Lesung zugelassen werden, ohne wie früher abermals im Komitee erörtert zu werden. Der Zweck dieser Anträge ist, mehr Zeit für die laufenden Geschäfte und Regierungsanträge zu gewinnen, ihre Annahme aber hätte zur Folge, daß den einzelnen Mitgliedern weniger Gelegenheit als bisher zu Interpellationen und sogenannten Konversationen (Diskussionen ohne bestimmten Antrag) geboten wäre. Die übrigen Bräuche und Mißbräuche des Parlaments will das Komitee unangetastet fortbestehen lassen.

[Ueber die Vorgänge in San Domingo] bemerkt die „Morning Post“: „Seit den Tagen der Ostender Konferenz (als die amerikanischen Gesandten in Europa sich über die Nothwendigkeit der Eroberung Kubas verständigten) ist in der Stellung Spaniens zu den Vereinigten Staaten eine wesentliche Veränderung eingetreten. Einige wenige Jahre stetiger Regierungsweise haben Wunder auf der Halbinsel gewirkt. Spanien baut jetzt Eisenbahnen und Kriegsdampfer und giebt gezogene Kanonen nach dem Beispiel seiner zivilisirtesten Nachbarn. Es hat allerdings noch nicht daran gedacht, seine Schulden zu bezahlen oder den Sklavenhandel abzuschaffen, doch wir wollen hoffen, daß es mit der Zeit auch in dieser Beziehung in die Fußstapfen seiner Nachbarn treten wird. Weshalb fiel es vor Kurzem in Marokko ein? Augenscheinlich aus keinem anderen Grunde, als um die Welt an sein Dasein zu erinnern. Auf die Invasion Marokko's folgt jetzt ein zugleich bedeutungs- und wagnisvolleres Unternehmen. Ohne die Spaltung der amerikanischen Union hätte Spanien gewiß diesen kühnen Schachzug nicht gewagt. Früher hätte die amerikanische Regierung darin den lang begehrten Vorwand zum Angriff auf Kuba gefunden. Jetzt hat es damit wenig Gefahr, obgleich man in Washington wie in Montgomery den Angriff auf S. Domingo mit Eifersucht beobachten wird. Es ist der erste praktische Beweis, den das amerikanische Volk von der Abnahme seines Einflusses auf Erden erhält. Wozu die Invasion führen mag, läßt sich unmöglich sagen. Ob Frankreich das Projekt billigt und im Falle seines Gelingens den Versuch machen wird, ist ebenfalls ungewiß. Wenn das Volk von S. Domingo wirklich seine alten Herren zurückwünscht, so ist es nicht an uns, dagegen einzuschreiten. Wir werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf der westlichen so gut wie auf der östlichen Erdhälfte anerkennen. Aber wir müssen die spanische Expedition nichtsdestoweniger mit scharfen Blicken beobachten. Wir haben allen Grund zu glauben, daß, wenn sie glückt, der Versuch gemacht werden wird, den Sklavenhandel nach S. Domingo wieder ins Leben zu rufen. Dies ist die einzige Folge des Unternehmens, die wir zu fürchten haben. Mit dieser Möglichkeit müssen wir uns vertraut machen, da die Umstände eintreten könnten, die uns zum Einschreiten zwingen würden.“ — Das Wochenblatt „Once a Week“ bemerkt, daß die vor 4 Jahren begonnene Vertreibung freier Neger aus mehreren amerikanischen Staaten die Haitier auf die Idee gebracht habe, im Baumwollenbau mit den Sklavenstaaten Konkurrenz zu machen. England könnte von Haiti eine ansehnlich große Lieferung der besten Baumwolle sich versprechen. Gerade in diesem Augenblicke stürze sich Spanien dazwischen, um Alles zu verderben. Eine abstrakte Grenzlinie trenne die Haitier von den

spanischen Kreolen. Werde es möglich sein, die Neger auf der einen Seite der Linie als Sklaven zu behandeln, wenn sie auf der anderen als freie Bürger lebten? Spanien handle wohl nicht ohne Bundesgenossen, und die Kreolen seien nicht die Einzigen, denen Annerion drohe. Der verkappte französische Sklavenhandel, welchen Frankreich seit so vielen Jahren England und anderen Staaten zum Trost und zum Verdruß forttreibe, rechtfertige die Frage, ob von jener Seite nichts gegen Haiti im Schilde geführt werde.“

London, 27. April. [Parlament.] In der gestrigen Unterab-sprechung that Lord R. Cecil der Macdonald-Angelegenheit Erwähnung und fragte, ob die Regierung Schritte zum Schutze britischer in Preußen reisender Unterthanen zu thun gedenke. Die dem Hause vorliegenden Schriftstücke, bemerkte er, zeigten, daß unter den preussischen Behörden ein feindseliger Animus gegen englische Reisende obwalte, und daß sie ihrem Groll gegen England Luft zu machen gesucht hätten. Er glaube, es sei nicht mehr als billig, zu verlangen, daß Kapitän Macdonald eine Genugthuung, von der preussischen Regierung erhalte. In ähnlicher Weise sprach sich Malins aus. Lord Palmerston antwortete (s. Tel. in der gestr. Ztg.): Die ganze Geschichte ist in den zur Kenntniz des Hauses gebrachten Papieren dargelegt. Ich kann nur so viel sagen, daß meines Erachtens kein von dem an der Spitze des auswärtigen Amtes stehenden Lord gebrauchter Ausdruck auch nur im Geringsten zu stark ist, um das Benehmen der preussischen Beamten zu brandmarken. Es ziemt sich nicht für uns, hier zu stehen und beleidigende Worte gegen Herrn Möller oder irgend Jemanden anders zu schleudern. Aber ich kann nur sagen, daß ich mit der von dem edlen Lord in seiner Schlußrede ausgesprochenen Ansicht übereinstimme, und obgleich man uns sagt, daß bei der ganzen Prozedur die Grenzen des preussischen Rechtes nicht überschritten worden seien, so scheint es mir doch, daß sie einen höchst unfreundlichen Charakter trug, einen Charakter, der einer mit England verbündeten Regierung höchst unwürdig war. Ich muß gestehen, ich bin erstaunt darüber, daß eine Regierung wie die preussische, die in ihrem auswärtigen Amte durch einen ausgezeichneten Edelmann, welcher viele Jahre in England als Diplomat zugebracht hat und daher selbst die Gefühle und Sitten des englischen Volkes kennen sollte, vertreten wird, ich bin erstaunt darüber, daß die preussische Regierung, wenn sie die Umstände des Falles berücksichtigt, wie sie das thun mußte, nicht sofort sagte: Unsere Beamten haben unser Gesetz nicht überschritten, das müssen wir Euch sagen, aber summum jus, summa injuria, wir wissen, daß, wenn ein ähnlicher Fall hier in England zugetragen hätte, die englische Regierung unseren Forderungen vorgekommen wäre und sich in jeder mit der Ehre verträglichen Weise entschuldigt haben und jede Entschädigung, wenn eine solche nöthig gewesen wäre, wahrhaben würde, und wir fühlen, daß wir es uns als einer europäischen Großmacht schuldig sind, Euch zu sagen, daß wir das Verhalten unserer Beamten vollständig mißbilligen und bereit sind, jede Genugthuung, die Kapitän Macdonald als Gentleman von Gentlemen verlangen kann, zu geben. Die preussische Regierung hatte jeden Beweggrund, das zu thun. Man kann unmöglich sein Auge über Europa schweifen lassen und die Beziehungen der verschiedenen Mächte zu einander betrachten, ohne zu sehen, daß es im Interesse Preußens liegt, nicht nur die Freundschaft der englischen Regierung, sondern auch die gute Meinung und das Wohlwollen der englischen Nation zu kultiviren, und ich möchte daher mit den Worten eines ausgezeichneten französischen Diplomaten sagen, daß sein Benehmen in dieser Sache ebensovohl ein Fehler, wie ein Verbrechen gewesen ist. Man fragt mich, was für Schritte die britische Regierung in der Sache gethan hat oder thun kann. Es war unmöglich, von der preussischen Regierung eine Entschädigung oder Entschuldigung zu fordern, wenn sie zu Keinen von Beidem Lust hatte, indem uns die Juristen sagten, so ungerecht, willkürlich und gewaltsam sie auch verfahren sein möge, scheine dieses Verfahren sich doch innerhalb der gesetzlichen Schranken gehalten zu haben. Man bedauert um der Preußen willen, daß sie solche Gesetze haben. Da aber die Sache einmal so lag, so konnte die britische Regierung unmöglich eine Forderung gegen die preussische geltend machen. Was für eine Warnung sollten wir nun den britischen Unterthanen in Bezug auf solche Handlungen ertheilen? Ich denke, der Vorfall ist sowohl durch die Zeitungen im ganzen Lande, wie durch die Erörterungen in diesem Hause so allgemein ruckbar geworden, daß schon darin die größtmögliche Warnung für jeden einzelnen Engländer liegt, wenn ein Pöbel nach Preußen begehrt. Ich glaube aber auch, daß den preussischen Unterthanen eine Warnung ertheilt sein wird, wenn sie, wie das nicht ausbleiben kann, die allgemeine Entrüstung wahrnehmen, welche ihre Handlungsweise jedem Engländer eingeflößt hat. Was für Einflüsse auch immer auf die Gefühle von Beamten wirken mögen, wie sie das ohne Zweifel thun, Parteieinstüsse z. B., so glaube ich doch, daß das, was geschoben ist, sich schwerlich wiederholen wird. (Der alte Pam weiß sehr wohl, warum er gerade so redet. Aber zu deutsch nennt man das „unverschämte“, und es ist schwerlich geeignet zu beweisen, daß die Freundschaft dieser englischen Regierung für Kabinets so wünschenswert sei. D. Med.)

[Tagesbericht.] Dem Parlamente sind die auf die Vertagung des ionischen Parlaments bezüglichen Aktenstücke vorgelegt worden. Der Lord Oberkommislar meldet wiederholt, daß allenthalben Ruhe herrsche und daß, nach allem, was er seitdem in Erfahrung gebracht habe, die Vertagung eben so nothwendig wie klug gewesen sei. — Zwischen dem hiesigen Garibaldi-Ausschusse und dem sardinischen Generalkonsul, Mr. Heath, war eine lange Korrespondenz über die englischen Freiwilligen im Garibaldi'schen Lager und die durch sie verursachten Kosten im Gange gewesen. Sie ist endlich zum Abschluß gekommen, und es hat sich herausgestellt, daß diese sogenannte englische „Exkursion“ (und mehr ist sie in der That nicht gewesen) der sardinischen Regierung über 6000 Pfd. St. gekostet hat, ohne daß das Garibaldi-Komitee im Stande wäre, diese Summe zu ersetzen. Die sardinische Regierung macht gute Miene zum bösen Spiel, schreibt die Kosten auf ihr ohnedies ansehnliches Kriegsbudget, verbittet sich aber für die Zukunft weislich die Zusendung englischer Freiwilliger unter was immer für einem Namen. — Am 24. d. M. ward wieder eine gepanzerte Fregatte vom Stapel gelassen. Sie wird den Namen „Defence“ führen und ist als Zwillingsschwester der vor Kurzem fertig gewordenen „Resistance“ zu betrachten. — Das britische Museum hat, abgesehen davon, daß es ein Gratisexemplar von jedem in Königreiche gedruckten Buche beanspruchen darf, jährlich 10,000 Pfd. St. für den Ankauf anderer Bücher, 2600 Pfd. St. für Manuskripte, 7500 Pfd. St. für Einbände und 4000 Pfd. St. für Büchergestelle und Tische zu verausgaben. Das wären die Ausgaben bloß für die Bibliothek. Für alle Departements zusammen genommen betragen sie 100,000 Pfd. St. Das Budget des Museums von Süd-Kensington beläuft sich nebst dem noch einiger anderen artistischen und wissenschaftlichen Anstalten auf 76,000 Pfd. St., das der Nationalgalerie auf 12,000 Pfd. St. (wovon die Hälfte zum Ankauf von Gemälden bestimmt ist) und das der britischen historischen Portraitgalerie auf 2000 Pfd. St.

**Frankreich.**

Paris, 27. April. [Tagesbericht.] Heute kam im Senat eine Petition verschiedener Bewohner des Luxembourgarquartiers vor, welche gegen die Zerstörung des Luxembourgartens protestiren. Es sollen nämlich, nach einem Hauptmann'schen Befehle, zwei Straßen durch diesen Garten geführt werden. Der Bericht nimmt sich der Sache an und beantragt die Verweisung dieser Angelegenheit an den Staatsminister. Man wird dieses Mal vielleicht um so weniger Umgang von der Sache nehmen können, als in ihr der Senat in des Wortes wirklicher Bedeutung pro domo auftritt. Die Reformirten sind, wie aus dem Schreiben eines ihrer Pastoren, Saulman, hervorgeht, sehr aufgebracht über die Sympathien, welche Herr Guizot gleichsam im Namen des Calvinismus für die weltliche Herrschaft des Papstes ausgesprochen hat. Man ist fest ent-

schlossen, ihn nicht mehr zum Ehrenpräsidenten des reformirten Kirchenvereins zu wählen. — Wie man vernimmt, haben die Sammlungen für den Peterköpff im Ganzen 29 Mill. Franken eingetragen, von denen nur 3 Mill. auf Frankreich kommen. Der Kaiser von Rußland hat 1 Mill. gegeben. — Die Unterhandlungen über das italienische Anleihen sind in vollem Gange hier. Ein Agent des Turiner Kabinetts hat den Auftrag, innerhalb dreier Tage, aber nicht länger, bestimmte Zusagen von Seiten hiesiger großer Finanzmänner entgegenzunehmen. Nach Ablauf dieser Frist wird man sich anderwärts umsehen. Das Anleihen soll für 400 Mill. Franken abgeschlossen werden. — Prinz Napoleon wird, wie man mit Bestimmtheit versichert, in Marseille erwartet. — Mit Anfang des Monats April haben die Fischer der Bai von St. Prioux zum ersten Male eine der seit 1857 von Herrn Coste angelegten künstlichen Austerbänke ausgebeutet. Innerhalb fünf Tage lieferte diese eine Bank 4,500,000 Aустern von ansehnlicher Größe, die an Ort und Stelle für 70,000 Fr. verkauft wurden. Nehmt ein Exempel daran an der Nordsee!

[Beziehungen zu China.] Die Regierung des himmlischen Reiches scheint von den rothen Barbaren seit dem eindringlichem Besuche in Peking nun doch eine andere Vorstellung bekommen zu haben und sich mit ihnen auf einen freundschaftlichen Fuß stellen zu wollen. Bisher kannte China außer sich nur tributpflichtige Fürsten und Völker, und alles, was diese betraf, wurde von einer Subalternbehörde, dem sogenannten Kolonialbureau, abgemacht. Jetzt ist durch ein in der „Peking Zeitung“ veröffentlichtes kaiserliches Dekret ein förmliches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingesetzt und dies den Gesandtschaften Frankreichs und Englands amtlich mitgetheilt worden. An der Spitze dieses Departements steht Prinz Kung; die Herren Kwei-Liang und Wenn-Liang sind zu Abtheilungsdirigenten, und Herr Zug-Leon ist zum Ober-Aufscher der drei Nordhäfen ernannt. Kwei-Liang hatte seit 1858 an allen wichtigen Unterhandlungen mit den fremden Großmächten thätigen Antheil genommen, und Wenn-Liang, früher Generalgouverneur der neun Häfen, hat im letzten Oktober als Beirath des Prinzen Kung durch mutige und weise Auffassung der Sachlage nicht wenig das Zustandekommen des Friedensschlusses gefördert. Der „Moniteur“ bringt hierüber eine besondere Korrespondenz aus Tientsin, 5. Februar, welche damit schließt, daß zwischen den europäischen Gesandten und den chinesischen Beamten ein Verhältnis der Höflichkeit und des gegenseitigen Wohlwollens obwalte, wie denn z. B. bei dem Leichenbegängniß des Generals Collineau sich die obersten Behörden von Tientsin in amtlichem Kostüm als Mitleidtragende betheilig haben.

**Belgien.**

Brüssel, 27. April. [Pietri's Rundreise in Deutschland.] Senator Pietri ist von seiner Inzognitoreise in Deutschland wieder in Paris eingetroffen und hatte wohl nicht viel Fröhliches zu melden. Wenn ich einem Pariser Schreiben Glauben schenken darf, sind nach der Meinung der französischen Agenten in Deutschland „les idées de l'union Germanique sur les bases les plus démocratiques“ so allgemein verbreitet und so eingewurzelt, daß die Regierungen dem Andrängen der Massen nicht lange werden widerstehen können. Als Pietri dem Kaiser diese seine Ansicht auseinandersetzte, soll Napoleon III. ausgerufen haben: „Mais c'est ce que Mr. de Metternich me répète sans cesse.“ So ungläublich das klingen mag, so nehme ich doch keinen Anstand, es zu melden, weil der Schreiber des von mir eingesehenen Briefes in jeder Beziehung Vertrauen verdient. Pietri wird, dem Vernehmen nach, demnächst beim Senate eine Interpellation versuchen, um dem Prinzen Napoleon eine Veranlassung zu einer neuen Rede zu geben. Der Prinz wird, so heißt es, sich abermals zu Gunsten der liberalen und völkshümlichen Bewegung in Europa ausprechen. Ueberhaupt glaubt man in den diplomatischen Kreisen, die kaiserliche Regierung werde trotz allem Hin- und Herziehen schließlich doch eine entschiedene Schwenkung nach links vornehmen. (R. Z.)

**Rußland und Polen.**

Petersburg, 21. April. [Bauernunruhen; Rekrutierungs-gesetz; neues Gerichtsverfahren.] Aus den Reskriptionen und den Governmenten hat der Kaiser auf sein Bauernmanifest nicht weniger als 724 Gebichte erhalten. Jeder sind aber auch betrübende Nachrichten eingelaufen, nämlich daß in einzelnen Gouvernements Bauernunruhen stattgefunden haben. Zwar beruhen dieselben vorzugsweise auf Mißverständnissen über die Auslegung des Bauernregulierungs-gesetzes, sind auch zum Theil durch die Stupidität der Besitzer und Beamten hervorgerufen worden. Fünf- und fünfzig Werst von hier, auf dem Kerkholmer Wege, befindet sich eine Fabrik, die einem General gehört. Die in derselben beschäftigten Leibeigenen, die nichts weniger als liebevoll behandelt wurden, wollten nach der Publikation des Manifestes nicht weiter arbeiten. Der General vertes deshalb sie und die Arbeiter einer zweiten Fabrik, die ebenfalls ihm gehört, zusammen und hielt den Rebellen eine donnernde Rede, in der gewiß auch viel Unfuss vorkam. Nun weigerten sich auch die Arbeiter der anderen Fabrik, die jetzt erst erfuhr, daß ihre Kollegen die Arbeit schon mehrere Tage eingestellt hatten, weiter zu arbeiten. Es ward also Militär requirirt. Zugleich mit diesem traf auch Fürst Galtzin, Flügeladjutant und Bevollmächtigter des Kaisers, ein und hielt den versammelten Aufständigen ebenfalls eine Rede, von der die Bauern so gut wie gar nichts verstanden, theils weil die Worte ihrem Bildungsgrade nicht angemessen waren, dann weil sie nur sehr leise gesprochen wurden, und endlich weil die Leute fast nur finnisch reden und verstehen. Nach ihm sprach noch ein anderer hoher Zivilbeamter mit mehr Erfolg; den meisten Eindruck machte dabei aber wohl das Intermezzo, daß die anwesenden Soldaten auf Kommando die hölzernen Stöße aus den Käufen zogen, um nöthigen Falls laden zu können. Die Bauern, mit einem Auge auf den Redner, mit dem andern auf die Stöße blickend, glaubten, es würde nun gleich an die Exekution gehen, und erklärten de- und wehmüthig, sie wären bereit, die Arbeiten wieder aufzunehmen. Nicht so gut endete eine andere Affaire, welche an der finnischen Grenze spielte. Trotz aller Vorstellungen blieben die Bauern bei ihrer Arbeitsverweigerung. Acht Rädel-sführer wurden deshalb arekirt und hierher nach Petersburg gebracht. — Die Umgestaltung der bäuerlichen Verhältnisse macht ein ganz neues Rekrutierungs-gesetz unerlässlich. In der That würde man jetzt bei etwa ausbrechenden Feindseligkeiten in die größte Verlegenheit um Aushebung der Rekruten kommen. In diesem Augen-

blick hat daher unsere auswärtige Politik das aufrichtigste Verlangen, es mit Niemandem zu verderben, damit sie selbst möglichst in Ruhe gelassen werde. — Bekanntlich sollte das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren bei der Marine versuchsweise eingeführt werden. Das betreffende Reglement ist nunmehr vollständig ausgearbeitet und soll demnächst auch zur praktischen Anwendung kommen. (R. Z.)

Warschau, 26. April. [Ein polnisches Urtheil über die schleswig-holsteinische Frage.] Die „Gazeta Polska“ beschäftigt sich mit der schleswig-holsteinischen Frage. Veranlassung hierzu hat ihr die neuliche Verhandlung dieser Angelegenheit im englischen Unterhause gegeben. Die „Gazeta Polska“ verkennt die Wichtigkeit dieser Frage nicht, ist auch bemüht, ihren Lesern ein richtiges Bild derselben und der Streitigen Punkte zu geben; ja sie findet sich sogar geneigt zu gestehen, daß Deutschland Recht habe, dieses Urtheil ist aber in Worten ausgesprochen, die von einem Racenhasse zeugen, wie ihn gebildete Nationen im 19. Jahrhunderte nicht besitzen sollten. Die bezügliche Stelle lautet nämlich wörtlich: „Obwohl es sich hier um die deutsche Nation handelt, erfordert es dennoch die Gerechtigkeit auszusprechen, daß in dieser Angelegenheit mehr Recht auf ihrer, als auf der dänischen Seite ist.“ Die „Gaz. Polska“ referirt nun noch die Beurtheilung, welche die schleswig-holsteinische Frage im englischen Parlament gefunden hat, und schließt ihren Leitartikel mit folgenden Worten: „Obgleich Dänemark in dieser Frage nicht das Recht für sich hat, so könnte es doch mächtige Bundesgenossen für sich haben, und das Vorgehen des Bundes wider dasselbe dürfte nicht bloß die holsteinische, sondern auch die deutsche und europäische Frage zum Klappen bringen, wozu es ja nur eines einigermaßen annehmbaren Vorwandes bedarf. Der Bund drängt und droht daher auch mit vieler Mäßigung, aber zu den letzten Exekutions-maßregeln kann er nicht kommen und Dänemark organisiert unter dem Schutze Europas die Herzogthümer wie es ihm gerade paßt. Die deutsche Nation wird hier sicherlich für anderwärts begangene Sünden büßen.“ Wir begreifen den Schmerz der polnischen Patrioten sehr wohl, wollen auch nicht verkennen, daß in dem Herzen derselben der deutsche Name schmerzliche Erinnerungen wach rufen mag; es steht aber sehr dahin, ob es im Interesse der polnischen Sache liegt, daß Deutschland für die an Polen begangenen Sünden, denn darum geht es doch der „Gazeta Polska“ nur, in ihrem Sinne bestraft werde und büße. Daß das Unglück Polens in Deutschland Sympathien hat, wird jedem Polen, der mit den Deutschen in ihrem Vaterlande in nähere Verührung gekommen ist, ausreichend bekannt sein, und auf Deutschland, ein kräftiges, geeintes Deutschland, das alle zu ihm nicht gehörigen, fremden Elemente abstoßen könnte, hat Polen keine Hoffnungen zu bauen. Man liebt es hier freilich auf Frankreich zu schauen und erwartet von ihm Hülfe und Befreiung. Die Geschichte sollte aber Polen längst darüber belehrt haben, was es von dieser Seite zu hoffen hat, und erst jüngst hätte ihnen die bekannte Note die Augen öffnen können. Aber man faßt dieselbe hier in einem ganz andern Sinne auf und flucht sich dieselbe so zu, wie es der einmal hergebrachte Glaube und die einseitige Auffassung der Verhältnisse erfordert. (Schl. Z.)

Warschau, 27. April. [Strenge Maaßregeln; der Staatsrath; Dank an die Truppen.] In einem Erlaß an die Bischöfe erklärt die Regierung, sie werde gegen Geistliche, welche in den Kirchen das Volk aufreizen, rücksichtslos einschreiten. — Eine Anzahl der achtbarsten Männer ist angewiesen worden, keine Gesellschaften bei sich zu empfangen. — Das Projekt zur Organisation des Staatsraths ist polnischen Vertrauensmännern zur Begutachtung mitgetheilt, die Abgabe eines Urtheils von diesen jedoch abgelehnt worden. — Dem General Chruslew und den Truppen, welche den Volksaufstand am 8. unterdrückt haben, wird mittelst kaiserlichen Befehls der Allerhöchste Dank ausgedrückt.

**Schweden und Norwegen.**

Stockholm, 19. April. [Revision des Unionsvertrages mit Norwegen.] Die „Dagligt Allehanda“ theilt mit, daß der Justizminister de Geer dem Könige einen Vorschlag behufs Revision des Unionsvertrages mit Norwegen unterbreitet habe, worin sowohl die dem Nachbarlande zu machenden Konzessionen als die an dasselbe zu stellenden Forderungen des Näheren erörtert werden. Der König will jedoch zuerst die Ansicht des norwegischen Staatsraths vernehmen, ehe er seinen Beschluß faßt. (H. N.)

**Türkei.**

Konstantinopel, 17. April. [Tagesnachrichten.] Dem Reuter'schen Bureau wird gemeldet: „Der neue Finanzplan ist soeben veröffentlicht; er weicht sehr von dem Bulwer'schen Plane ab, und allgemein ist man unzufrieden damit. — Die Gesandten wollen eine Konferenz über Montenegro halten.“ — Die Nachrichten über Marseille sind von demselben Datum. Danach wäre amtlich bekannt gemacht worden, daß die Ausgabe neuen Papiergeldes auf 1500 Millionen Piaster beschränkt und unter die Kontrolle einer gemischten Kommission gestellt werde. — Der Sultan hat die Restaurationsarbeiten an seinem Palaste wieder beginnen lassen. — Da die Baschi-Bozuks in der Herzegowina fünf Dörfer verbrannt haben, so ist Omer Pascha auf Anfordern der Mächte mit strengen Instruktionen für die Mannszucht versehen worden. — In Syrien beginnt das Auswandern. Zweitausend Mann türkischer Kavallerie sollen nach Beyrut abgehen.

[Geseht zwischen Türken und Montenegrinern.] Nach einer Depesche in der „Patrie“ hat am 9. ein neues Treffen zwischen den türkischen Truppen und den Montenegrinern stattgefunden (s. Tel. in Nr. 97). Die Letzteren standen in einer sehr stark verthanzten Stellung, die nach einem mörderischen Kampfe genommen wurde. Der türkische General Mustapha Pascha wurde verwundet. Derselbe war im Kommando Ismail Pascha gefolgt, der in der Affäre vom 4. stark verwundet worden war. Die Truppen, welche am 4. und 9. kämpften, gehörten zum regelmäßigen Militär und waren schon im Feuer. Omer Pascha wird ein Elitenkorps, das bereits den Krieg an der Donau und in der Krimm mitgemacht hat, unter seinem Befehl haben.

Konstantinopel, 20. April. [Erster Depeschen.] Der griechische Gesandte Renieri wurde vom Sultan empfangen. — Man beabsichtigt die Errichtung einer türkischen Akademie der Wissenschaften. — Snad Pascha legte den Mueßmännern in Damaskus eine Kontributionszahlung von 75 Millionen Piaster auf, welche zur Entschädigung der Christen bestimmt sind.

[Zum Aufstand in der Herzegowina.] Man schreibt der „N. P. Z.“ aus Paris, daß laut den dort eingelaufenen Nachrichten aus Ragusa Ismael Pascha dem Chef der Aufständischen, Luca Dukalowitz, Vorschläge zur Güte machen ließ, aber kein Gehör gefunden, sondern die Antwort erhalten habe, er (Luca Dukalowitz) habe geschworen, die Herzegowina und Bosnien zu befreien, und von Friede könne keine Rede sein, so lange es noch türkische Truppen in den beiden Provinzen gebe. Einen Mönch, der sich der Deputation Ismael Pascha's angeschlossen hatte, schnaubte Luca wüthend als einen Verräther an der Sache der Christen an, er ließ ihn in Weiberkleider stecken und davonjagen. Es wird furchtbar gehaust in jenem Lande. Alle Dörfer der Rajah von Petrowsky an bis Bahamcher sind auf Befehl des Chefs der Baschi-Bozuks eingeäschert worden; die Einwohner haben sich mit den Aufständischen vereinigt.

Konstantinopel, 26. April. [Telegr. Notizen.] Es herrscht hier eine Handelskrisis. — Noch 8000 Soldaten sollen nach Syrien abgehen. — Die Depeschen aus der Herzegowina lauten günstig. Omer und noch drei andere Pascha's werden in der nächsten Woche abreisen. (Danach wäre die Nachricht der „Patrie“, daß Omer Pascha schon am 23. d. in Antivari angekommen, unbegründet.) 38 Bataillone werden nach dem Schauplatz der Unruhen entsandt.

**Vom Landtage.**

**Haus der Abgeordneten.**

Berlin, 29. April. [42. Sitzung.] Zur weiteren Debatte über das Ministerverantwortlichkeits-gesetz nimmt das Wort Abg. v. Berg: Meine Herren! Ich bin als Redner eingeschrieben für den Bericht und den Antrag Ihrer Kommission, und hätte mich eben so gut einschreiben lassen können für das von Herrn Reichensperger gestellte Amendement, aber eben, weil dadurch meine Stellung dem Gesetze und dem Verlangen, das durch das Gesetz erfüllt werden soll, sich etwas gegenübergestellt hat, halte ich es für um so nöthiger, meine Motive auseinandergesetzt, um Ihnen zu beweisen, daß, wenn auch das Eingehen in die uns vorgelegte Gesetzentwurf nicht beliebt werden sollte, und daß, wenn auch die Resolution der Kommission dem Carlowitzischen Antrage vorgezogen werden soll, man daraus zu schließen nicht immer berechtigt ist, daß nun diejenigen, die in dieser Weise stimmen, gegen die Nothwendigkeit eines Ministerverantwortlichkeits-gesetzes sind. Ich habe mich deshalb zunächst gegen die Einwände zu richten, die theils in der Kommission gemacht und uns hier einzeln mitgetheilt, theils im Hause bereits vorgebracht worden sind. Ich komme zunächst an den prinzipiellen Einwurf, der gemacht worden ist, daß ein Ministerverantwortlichkeits-gesetz gegen das monarchische Prinzip sei. Ja, meine Herren, wenn ich zusehe, von welcher Seite dieser Einwurf geltend gemacht wird, dann möchte ich fast sagen: ich stimme für das Gesetz, weil es gegen das monarchische Prinzip ist. Das monarchische Prinzip, was für uns Anhänger der Monarchie maßgebend ist, ist das Prinzip der preussischen Monarchie, das seinen Abschluß in der Verfassung gefunden hat, worin das Verantwortlichkeits-gesetz in Aussicht gestellt ist. Was kann ich mir darunter denken, wenn man sagt: ich will das Gesetz nicht, weil es gegen das monarchische Prinzip ist, während es doch auch zur Basis dessen gehört, was die preussische Machtstellung begründet, und die Loyalität kann sich doch nur richten auf den König von Preußen, wie er durch das Erbe seiner Vorfahren da steht, durch den auf die Verfassung feierlich geleisteten Eid, wodurch er sie mit garantiert. Eine Monarchie eines Monarchen für sich selbst vollständig in der Luft. Wenn aber damit ausgedrückt werden soll, daß überhaupt das monarchische Prinzip in unserer Verfassung sich nicht findet, oder durch unsere Verfassung verlegt ist, dann protestire ich doch dagegen. Ich glaube, in einer solchen Behauptung liegt ein Mangel an Ehrfurcht gegen den Monarchen und ein Mangel an Ernst des Eides, den wir geschworen haben: die Verfassung treu zu beobachten. Auf der andern Seite hat man die Opportunität des Gesetzes bestritten und es ist uns zunächst die äußere Weltlage vorgeführt worden. Es ist gesagt worden, der Erlaß eines solchen Gesetzes schwäche die Gewalt und es schwäche überhaupt die königliche Gewalt, weil sie Spaltung und Aufregung hervorruft und weil sie diese Gewalt erchwert oder ganz unmöglich macht. Ich glaube in Beziehung auf die Beurtheilung des Charakters der politischen Bewegungen, die in dielem Augenblicke Europa durchziehen, hat man sich etwas geirrt. Besonders wenn man mit Emphase von demokratischen Bewegungen spricht, wenn man sich auf außerdeutsche und außerpreussische Zustände bezieht, so muß ich gestehen, es ist ein eigenes Ding, was draußen in der Welt unter dem Namen Demokratie umhergeht. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich einen etwas niedrig gewählten Ausdruck gebrauche: die Demokratie jagt jetzt an der Leine für Ländereien; das ist etwas so Gefährliches nicht, und was die Demokratie im Lande betrifft, so haben Sie für die Elemente, die jetzt in Bewegung sind, den falschen Namen genommen. Ich kann kein einfacheres Wort finden. Wenn sardinische Ziele und Erfolge in Deutschland Anfang gefunden haben und gewissermaßen eine Anregung und Bewegung hervorgebracht haben, dann, meine Herren, hätten Sie doch einen andern Namen wählen sollen, denn damit, glaube ich, hat die Partei, der Sie vor 12 Jahren diesen Namen beigelegt haben, nichts zu thun. Dafür hätten Sie einen andern Namen finden können. Vielleicht, daß Sie dieselbe eine „gothaische“ genannt hätten (Heiterkeit), oder, wenn auf diesen Namen auch schon andere Leute Anspruch machen sollten, so könnte man sie wegen des Verwandtschaftscharakters vielleicht die Koburger nennen. (Heiterkeit.) Aber ich versichere Sie: wenn die Worte durch den Sprachgebrauch schon einen gewissen Sinn gewonnen haben, so scheint es mir ungerath, wenn Sie diese Bewegung jetzt eine demokratische nennen. Es ist aber mit der Bewegung in unserm Vaterlande überhaupt nicht so schlimm und das kommt wohl daher, daß die rechten Führer sich nicht laut genug vernehmen lassen und nicht an ihrer Stelle sind. Es kommen mit unsere Zustände im weiteren und engen Vaterlande ungefähr so vor: Es ist irgendwo eine Feuerbrunst, alle Welt stürzt hin, natürlich mit dem guten Willen, sie zu löschen. Wie das nun so geht, so weiß Jeder am besten, wo der eigentliche Herd des Feuers sich befindet, Jeder, wo ihm beizukommen sei und so sprechen die guten Leute mit ihrem besten Willen durcheinander, lassen indeß den Feuer Zeit um sich zu greifen, bis es endlich unmöglich sein wird, es zu dämpfen. Kommt aber irgend ein Mann mit der nothwendigen oder persönlichen Autorität hin und stellt die Leute in Ordnung, so wird man immer finden, daß man ihm pünktlich folgt. Er giebt den Leuten die Eimer in die Hand und zeigt ihnen den Ort, wohin sie ihre Anstrengungen zu wenden haben; sie folgen alle und der Brand wird gelöscht, wie auch der Führende nicht den besten Plan gehabt und mancher der Geführten brummend gedacht: wenn ich es gemacht hätte, so wäre es doch besser geworden. Das ist eine Freiheit, die man keinem Menschen, keinem Volke verschmähen kann. Wenn aber durch das Bestehen eines solchen Gesetzes die Sicherheit des Staates den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber eine bedrohte genannt werden will, so erlaube ich mir auch dagegen eine andere Bemerkung zu machen. Wenn ein Minister-Verantwortlichkeits-gesetz besteht, so wird es in jeder Krise und in jeder Gefahr des Staates die Pflicht setzen, trotz dieses Gesetzes nach den Mitteln zu greifen, die den Staat retten können und ich vertraue, daß sich in Preußen immer ein Minister finden wird, der trotz dieses Gesetzes die Maaßregeln ergreift, die nothwendig sind. Als der General v. York unseren Befreiungskrieg begann, hat er nicht erst gefragt, ob ein Kriegsgericht existirt, oder wenn ein solches existirte, so ist er sich doch klar gewesen, daß er einer neuen Gefahr entgegengehen müsse und dies hat den Werth seiner Geldthat um so mehr erhöht. Ich hoffe, daß solche Männer sich immer in Preußen finden werden und zweifle daran nicht. Denn wird aber gerade ein Minister-Verantwortlichkeits-gesetz dazu angethan sein, daß künftig, nachdem das Vaterland gerettet worden ist, eine Volksvertretung sagen kann: Das Gesetz ist verlegt einer größeren Nothwendigkeit wegen und weil er der Diener des Königs gewesen ist zur Rettung des Staats auf seine Gefahr, weil er die Verantwortlichkeit, die das Gesetz ihm aufgelegt, nicht gescheut, verdient er um so mehr den Dank des Vaterlandes.

Dann soll ein solches Gesetz einmal deshalb nicht erlassen werden, weil man eine große Wirkung davon sich nicht verspricht. Nun, meine Herren, bin ich auch der Meinung, daß diejenigen, die mit einem gewissen Neid nach dem Lande der Erbweishheit hinübersehen und die Reihe von Ministern sich aufzählen, die dort der Straf- oder das Beil erreichte, sich verrechnen würden, wenn sie glaubten, wir würden dies auch aus dem Lande der Erbweishheit mit herüberziehen. Ich sage aber, eben ein Minister-Verantwortlichkeits-gesetz wird gerade eine solche Gefahr entfernen. Die See der Freiheit, der Geistesfreiheit, der Verantwortlichkeit, die eine wahre germanische ist, hat sich in der Bestrafung der Minister sehr häufig geltend gemacht, aber die Zustände, unter denen eine Mi-

niederbestrafung eingetretten ist, haben etwas so Gehäßiges, unter Rechtsgelühl so Widerwärtiges, daß ich grade deshalb ein geregeltes Minister-Verantwortlichkeitsgesetz wünsche, um solche Dinge entfernt zu halten. Die Ministerverantwortlichkeit, so wie sie in die Wirklichkeit getreten sind, sind das ganze Mittelalter hindurch fast nur Justizmorde gewesen; eben weil es an jedem gesetzlichen Wege fehlt, hat entweder Empörung den Landesherren gezwungen, seine Diener zur Verantwortung zu ziehen, seine Diener preisgeben, um das beleidigte Rechtsgelühl des gekränkten Volkes zu versöhnen, oder was noch schlimmer ist, die Städte haben mit den Fürsten gehandelt um den Kopf des Ministers, der ihnen zuwider war, und solche Zustände wollen wir bei uns doch wahrlich nicht eintreten lassen. Wenn ich mich aber heute gegen die Anträge erkläre, so geschieht dies aus folgenden Gründen: Der Antrag der Hrn. Behrend und Genossen bringt uns ein formulirtes Gesetz, ich stimme aber niemals für ein formulirt eingebrachtes Gesetz über diesen Punkt. Der Erlaß eines Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Verfassungsbereit und ist der vorgezeichnete Weg der Weg der gewöhnlichen Gesetzgebung. Es reicht also die Vereinbarung über ein solches Gesetz doch etwas über die jedesmalige Regierung hinaus, es hat Se. Maj. der König, indem er die Verfassung beschwor, allerdings einen Theil seines Begnadigungsrechtes und andere Rechte seiner Hoheitrechte drangegeben; Er hat aber die Grenze nicht bestimmt oder die Grenze ist nicht bestimmt worden, bis wie weit Er auf jene freiwillig verzichtet hat. Da thun wir doch wohl besser, wenn wir unsere Bitte wiederholen, daß dies Gesetz bald erlassen werde, und uns von dort lassen, wie weit die Mächte seiner Majestät zu gehen beabsichtigen, als daß wir von unserer Seite mit Forderungen auftreten und dann ein gegenseitiges Abhandeln die Folge davon sein wird. Wenn aber Herr Behrend deshalb den Gesetzentwurf gleich formulirt eingebracht hat, weil doch die Minister nicht zugemutet werden können, ein Gesetz gegen sich selbst zu machen, so glaube ich, kommt er mit diesem Grunde nicht weit. Ein Minister, der die Idee hat, daß er das Gesetz möglichenfalls gegen sich selbst machen könne, der macht es überhaupt nicht, und wenn Sie ein solches Gesetz haben wollen, so müßte Sie es nicht von einem Ministerium fordern, dem Sie misstrauen, sondern von einem Ministerium, dem Sie vertrauen. (Sehr wahr!) Wenn aber die Minister das Gesetz hätten einbringen wollen, so konnten sie es ja eben daher holen, wo Sie es hergeholt haben, denn die Minister hatten ja diese Vorlage wie Sie. (Heiterkeit.) Es hat ihnen aber nicht beliebt. Was hilft es denn auch, wenn es heute die Herren Minister einbringen? Die Vorlage hat also keinen anderen Zweck, als die Minister aufzuführen, in die Verhandlung und Beratung dieses Gegenstandes einzugehen. Denselben Zweck hat aber auch der Antrag Carlowsky; er erfüllt selbst auf eine einfachere Weise diesen Zweck. Ich würde also für denselben stimmen, aber ich habe einige Bedenken; erstlich befindet sich unsere Gesetzgebung überhaupt in einem etwas schnellen Fluße, und die Verhältnisse des Staatsrechtes ändern sich doch auch wesentlich. Seit dem Erlassen dieses Berichtes z. B. scheint mir eine ganze Menge von Erwägungen wieder hinzugekommen zu sein, die bei der Vorlage des Gesetzes auch in Betracht gezogen werden müssen. Sie haben ein Gesetz, das alle Beamten trifft und in wichtigen Punkten auch auf die Minister Anwendung findet; solche neue Erwägung macht sich nicht in ein Paar Stunden. Es ist ferner auf den Antrag des Abgeordneten für Hagen die Erklärung abgegeben worden, es sei wünschenswerth, überhaupt die Stellung der Anträge in unserm Staate zu verändern; ja das wird wohl doch notwendig sein, damit wir eben die Ausnahme machen können, die in Beziehung auf die Ministeranlage dann notwendig sein wird. Wir können doch eben die Gesetze nicht nacheinander sporadisch machen, sondern wir müssen wenigstens sicher sein, daß sie, wenn sie wesentlich zusammengehören, auch wesentlich zusammenberathen worden sind, und daß jedes neue Gesetz, was wir hier erlassen, uns nicht zwingt, nun in alle anderen Gesetze die Veränderungen einzuführen, die das neue Gesetz nöthig macht. Gerade bei solchen Gelegenheiten, die so sehr den Mittelpunkt des Staates treffen, scheint mir eine derartige Erwägung doppelt nöthig. Dann möchte ich mich nur noch gegen diejenigen Herren wenden, die mit besonderer Emphease es immer betonen, daß sie Royalisten sind, daß sie die Rechte der Krone vertheidigen. Ich muß gestehen, wenn ich an einem anderen Orte, ich weiß nicht ob mit Hochmuth oder mit Wehmuth, kleine Herren sagen höre, daß sie vor dem Einzuge der Hohenzollern in die Mark schon große Herren gewesen seien (Heiterkeit), wenn ich dann die Geschichte Hohenzollerns betrachte und sehe, wie lange ihr bestes Bestreben, ihr ruhmwürdiges Bestreben darin gegangen ist, diese sogenannten großen Herren zu kleinen Herren zu machen (Heiterkeit), so scheint es mir, als wenn unser Hohn seiner Natur und Geschichte nach sich nicht auf sie zu stützen hat, sondern daß er sich auf das ganze Volk stützt. (Sehr gut.) Das ist gerade der große Dank, den Preußen dem Hause Hohenzollern schuldet, daß es alle kleinere Macht, die sich zwischen die große Staatsgewalt, die damalige absolute Monarchie, und zwischen die Masse des Volkes stellte, zu Boden gedrückt hat und weil es den Herren mit eiserner Faust bewiesen hat, daß sie zu gleichem Gehorsam unter den Willen und die Macht des Fürsten sich beugen müssen. Es ist möglich geworden, jetzt alle Preußen zu gleichem freiwilligen und männlichen Gehorsam unter das Gesetz des Fürsten zu erheben. (Bravo!) Ich behaupte, Derjenige dient seinem Könige am loyalsten, am besten, der ihm in dem Geiste dient, der Hohenzollern groß gemacht hat unter den deutschen Fürstengeschlechtern und Preußen seinen hohen Rang unter den Staaten der Welt eingeräumt hat. (Lebhaftes Bravo!)

aus dem Grunde erfolgen, daß, das Staatswohl oder das Gemeindeinteresse verlegt sei u. dergl.

**Militärzeitung.**

**Rugland.** [Stärke der Armee zu Ende März d. J.] Die "Allgem. Mil. Ztg." bringt angeblich nach durchaus zuverlässigen offiziellen Nachweisen folgende angeblich Ausgang März d. J. aufgenommene Stärkeübersicht der russischen Streitkräfte: Sieben Infanteriecorps (à drei Divisionen à vier Regimentern zu je drei Bataillonen à 700 Mann) und eine Kavallerie-Division zu vier Regimentern à 1000 Mann und Pferde, wovon vier die erste Armee in Polen und drei die Armee im Kaukasus bilden; von beiden Armeen befinden sich große Detachierungen in Finnland, Drenburg, Sibirien. Hierzu die Garde in drei Divisionen Infanterie (à vier Regimentern zu 2000 Mann) und drei Divisionen Reiterei (à vier Regimentern zu 1300 Mann und Pferde). Garde, Artillerie und Gendarmen haben dabei besondere Verwaltung. In Südrussland befinden sich 15 Reiterregimenter mit ppr. 20,000 Pferden detachirt. Die reguläre Armee stark angewachsen worden. Die Unterhaltungskosten belaufen sich auf 403 Millionen Francs. Für wie zuverlässig die Mittheilungen der "Allg. Mil. Ztg." im Allgemeinen sonst auch und gewiß mit Recht erachtet werden dürfen, so scheint die eben angeführte Uebersicht dieses Lob doch nur in sehr beschränktem Maße zu verdienen. Die Dislokation der einzelnen Korps wenigstens ist, wie die neuesten Ereignisse in Polen auf das Bestimmteste bewiesen haben, ganz gewiß nicht richtig angegeben worden, da sonst die polnische Bewegung sich an dem Ball der Bayonnette von vier Infanteriecorps schon gleich in ihren ersten Anfängen gebrochen haben würde. Auch sind die Bataillone und namentlich die Kavallerie-Regimenter in den für sie angegebenen Kopfszahlen sicher zu hoch gegriffen, wogegen die Gesamtzahl der stehenden Armee der Wahrheit wohl schon näher kommen dürfte. Endlich fehlen in der Aufzählung der russischen Streitkräfte ganz das Grenadier- und das abgeordnete Kaukasische, wie die Finnischen Landestruppen, das abgeordnete Sibirische, Drenburgische Korps und die stehende Theile der Kosakenheere, die ihrer Kopfszahl nach nichts dekenweniger wohl die halbe russische Armee ausmachen. Eben diese angeblich offizielle Uebersicht beweist nur wieder, wie in ihrer eigentlichen und wahren Ziffer unberechenbar sich die russische Streitkraft dem Auslande gegenüber darstellt. Jedemfalls sind gegenwärtig im Kaukasus nicht drei, oder das nicht mit aufgeführte Kaukasische Korps dazugerechnet, sogar vier Infanteriecorps in Verwendung befindlich, die dabeist angesiedelten Kosakenheere dürften nach der Erhebung Schamyls zur Noth schon allein ausreichen, um jene Landstriche in Abhängigkeit und Unterwerfung zu erhalten. Besser und zuverlässiger erscheint die von demselben Blatte zugleich gebrachte Uebersicht der seit 1856 in Rugland stattgegebenen Militärreformen. Diefelben werden folgender Art zusammengefaßt: Seit Ausgang 1856 sind bei allen Waffengattungen bedeutende Reduktionen eingetreten; die Schulen für Militär-söhne wurden aufgelöst, Rekrutendepots und Spezialschulen für Topographie, Musik, wie auch Elementarschulen für die Soldaten wurden errichtet; das Grenadierregiment ward vereinfacht; besondere Scharfschützenkompanien wurden bei jeder Division ausgedildet, neue Gewehre angefaßt und die Bewaffnung mit gezogenen Feuerwaffen bei dem Garde- und den vier ersten Infanteriecorps in der Hauptsache so gut wie ausgeführt. Ebenso ist beim Gardecorps die Ausrüstung der Batterien mit gezogenen Geschützen vollendet und sind bei den vier ersten Korps eine entsprechende Zahl von Batterien hiermit bewaffnet worden. Die Militärkolonien in Nowgorod, Witepsk, Mobilaw wurden aufgehoben; die Spitäler neu organisirt; die Dienstzeit von 20 auf 15 Jahre vermindert; die Verbrecher ausgeschlossen aus den Reihen der Armee; die Offiziersgehälter erhöht; eine Pensionskasse errichtet; ein neues Militärstrafgesetz eingeführt. Die Fortschritte des russischen Militärwesens auf dem Reformwege dürfen in dem kurzen Zeitraum von 1856 allerdings als ganz außerordentlich bezeichnet werden.

**England.** [Urtheil über die Armstrong-Kanonen.] Ueber die Mängel der Armstrong-Kanonen ist, wie die englischenblätter berichten, unter den Artillerieoffizieren des chinesischen Expeditionskorps nur eine Stimme. Die subtile Konstruktion der Patrone war Schuld, daß ein großer Theil derselben schon unterwegs, andere in China selbst, in Folge des Klimas unbrauchbar wurden. Ueberdies geben die Kugeln durch die galvanische Zehigkeit der Metalle, aus denen sie bestehen (Eisen und Blei), zu Grunde. Besonders gefährlich wurden sie beim Abfeuern für die eigenen Truppen, indem sich das Blei von den Kugeln abblöte, sobald diese das Noth verlassen (auch schon früher von französischer Seite berichtet). Die Tragweite wechselte dabei in ganz erstaunlichem und unberechenbarem Maße. Endlich riß bei zwei Geschützen unter den ersten Schüssen das Bodensstück ab und machte sie für den Rest des Feldzuges unbrauchbar.

**Aus polnischen Zeitungen.**

Der "Dzienn. Pozn." bringt eine Korrespondenz „Aus dem Kröbener Kreise, 23. April“, aus welcher wir Folgendes mittheilen: In diesen Tagen haben wir an unsere Abgeordneten auf dem Berliner Landtage eine an das Ministerium gerichtete Adresse erlassen, welche strenge Achtung und Gewährleistung unserer Rechte und namentlich unserer Muttersprache fordert. Die Petition lautet, wie folgt: „Hohes Staatsministerium! Trotz der vielfachen Versicherungen Seitens Eurer hohen Regierung, daß die uns Polen im Jahre 1815 verliehenen Rechte in Betreff des Gebrauchs der polnischen Sprache im Amtsbereich genau beobachtet werden sollen, sehen wir mit Schmerz, daß die Beamten im Kröbener Kreise dieselben fortwährend in allergebräuchter Weise rücksichtslos verletzen. Der Herr Graf Zygmunt Gzarnicki aus Gogolewo, welcher vom Kreisgericht in Rawicz am 27. Sept. 1860 (Nr. VII. 2529 A. N. Nieparcz.) in einer Hypothekensache ein Schreiben in deutscher Sprache erhalten hatte, wandte sich am 8. Okt. v. J. mit einer Beschwerde an das Appellationsgericht in Posen und erhielt aus dem Grunde, daß er auch der deutschen Sprache mächtig sei, eine abschlägige Antwort. Das Dekretionspatent vom 15. Mai 1815 garantiert jedoch den Gebrauch der polnischen Sprache in allen amtlichen Verhältnissen in dem Großherzogthum Posen ohne alle schmälernden Einschränkungen nach dem Bedürfnisse der Beheiligten. Wir glauben an die Heiligkeit der königlichen Worte, und die uns durch die Traktate verbürgten Rechte betreffs der Sprache und Nationalität sind uns zu theuer, als daß wir auf ihre Wiederherstellung Verzicht leisten könnten. Wir wandten uns demnach durch eine Deputation mit einer Petition an den Oberpräsidenten Herrn v. Bonin in Posen, aber erfolglos. In einer so schwierigen und für uns traurigen Lage fühlen wir uns gedrängt, das hohe Staatsministerium mit der Bitte anzugehen: daß das uns zustehende Recht auf den gemeinschaftlichen Gebrauch der polnischen Sprache mit der deutschen in allen amtlichen Korrespondenzen mit den Bewohnern des Großherzogthums, welche der polnischen Nationalität angehören, genau beobachtet werde. Zu diesem Schritte haben wir im Vertrauen auf die Heiligkeit unserer Rechte und vollsten Glauben an die unparteiische Gerechtigkeit des hohen Ministeriums unsere Zuflucht genommen. Von diesen Gefühlen durchdrungen, harren wir auf den ersehnten Schutz und die Achtung für unsere Nationalität, deren Hauptausdruck und Bedingung die Sprache ist. Es sind uns die Worte, die der Monarch bei der Deklaration des Großherzogthums gesprochen hat, Erinnerung. Der hochselige König Friedrich Wilhelm III. hat uns aus Achtung vor unserer Anhänglichkeit an die vaterländische Erde feierlich das Recht der Erhaltung unserer Nationalität und den Gebrauch der polnischen Sprache in jedem amtlichen Verkehr zugesichert. Diese Anhänglichkeit ist in unseren Herzen nicht erloschen. Wir leben deshalb der Hoffnung, daß die Männer, welche von Liebe für ihre eigene Nationalität entzündet sind, die Einschränkung der Rechte einer anderen Nation als Beleidigung der ersteren erachten müssen. Die Liebe zur Heimath, zum Vaterlande und zur Muttersprache sind ja eine Tugend in den Augen eines Jeden, welcher diese Tugenden in dem eigenen Herzen pflegt. In dieser Hoffnung zc. zc. Die polnischen Einwohner des Kröbener Kreises.“ Unser Volk, welchem unsere Segner jedes politische Gefühl, welches sie den gebildeteren Klassen, namentlich dem Adel und der Geistlichkeit nähern würde, abprechen, hat diese Petition gern unterschrieben. Ich theile hier einen Fall mit, welchen ich verbürgen kann, und der die lebhafteste Beheiligung an Allem, was national und polnisch ist, beweist. Das gesamte Hofgesinde auf einem Vorwerk in der Gegend von Gostyn hat um seine Entlassung aus dem Dienste, weil es schein, als ob man sie bei der Unterschritt völlig vergessen habe, und ließ sich erst beugen, als der Besitzer des Hauptgutes die Unterschritt dieser Petition durch das Gesinde herbeiführte. Andererseits kann ich nicht verhehlen, daß in den Gegenden, welche mit den Städten in näherem Verkehr stehen, schon der Geist der Indifferenz weht und sich ein Mangel an Vertrauen zu den Herrenhöfen und zu der Geistlichkeit kundgibt, welcher dadurch, daß die verdienstlichen und fahlsinnigen Gerüchte unter dem Volk verbreitet werden, noch immer mehr vergrößert wird. Aber Dank der wachenden Vorliebe giebt es nicht viele derartige Vorwerke, und die Maginationen sind viel zu ungeschickt ins Werk gesetzt, als daß sie nicht auf die Dauer einer Niederlage ausgeht wären. Die, sehr kurze Zeit, und zwar nur 2 Wochen kursorfende Petition hat sich mit den Unter-

schriften von 2140 Bewohnern unseres Kreises bedeckt. Vielleicht werden diese Unterschriften nicht einen solchen Eindruck auf die am Staatsruhr stehenden Personen machen, wie wir wünschen, jedoch giebt dieser Akt ein so schätzbares Material gegen diejenigen, welche über uns und unser Volk die schrecklichsten Verleumdungen verbreiten, und unsere Abgeordneten eine wirksame Waffe gegen den ihnen gemachten Einwurf, daß die Masse der Bevölkerung nicht mehr polnisch sei. Jenes hier gegebene Beispiel hat sehr viele Nachahmung gefunden und ist in allen Gegenden Großpolens so freudig und bezielig begrüßt worden, wie bei uns. — Wir haben nach den letzten Vorgängen in der Hauptstadt Polens Trauer angelegt. Die Damen tragen nur schwarzwollene Kleider und sogar schwarze Häuben. Die Männer tragen die Kleidung zum Zeichen tiefer Landstrauer mit einer Schnur benähet. Man erscheint sogar so bei Familienfestlichkeiten. Feierliche Trauergottesdienste werden überall für die neuen Opfer moskowitzischer Barbarei und asiatischer Grausamkeit abgehalten. Die von mehreren angelegte Nationaltracht gefüllt sehr; der Tracht ist fast gar nicht mehr zu sehen.

**lokales und Provinziales.**

**R Posen, 30. April.** [Ein Vermächtniß.] Der am 31. März d. J. in Berlin verstorbene Bankier Jidor Platen hat, unter mehreren Vermächtnissen, auch der jüdischen Waisenskindergeschulungsanstalt seiner Geburtsstadt Posen zwölf Tausend Thaler bestimmt. Jedemfalls ein Beweis von mildthätigem Gedeulten, der die höchste Anerkennung verdient.

[Ein Vorterrergewinn.] Wie wir hören, ist der zweite Hauptgewinn der jetzigen 123. Klassenlotterie mit 100,000 Thaler in die Kollekte eines Unterkollektors nach Fraustadt gefallen.

[Erledigte Schulstellen.] Die 2. kath. Schullehrerstelle in Chynow (Kr. Abelnau) zum 15. Mai d. J.; die jüdische Schullehrerstelle zu Wronke (Kr. Samter). Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. \* Aus dem Posener Kreise, 29. April. [Selbstmorde; Pöbel; Schulklassen.] Vor acht Tagen fand man die Leiche eines ziemlich anständig gekleideten Mannes im Hartowwer Birkenwäldchen unweit Zegrze. Der glückliche hatte sich, nachdem er seinen Derrout an einem Baume aufgehängt, eine Kugel durch den Kopf gejagt. Aus einem in der Nächstgegend befindlichen beschriebenen Papierstückchen soll sich ergeben haben, daß es ein Photograph von aus Posen gewesen. Einige Tage früher erhängte sich der Löhler Gintrowitz in Neumühle bei Schwerzen. Derselbe war dem Trunke ergeben. Er hinterließ Frau und Kinder. — Die Schule in Klniy ist vor Kurzem total abgebrannt. — Unter den Kindern in der Umgegend Posens herrschen die Majern, auch aus Posen kommen häufig vor, namentlich in Zegrze und Karamowice. In letzterem Orte liegen gegenwärtig sechs Personen daran krank; ein Kind ist bereits gestorben. Politische Vorkehrungsmaßregeln sind von der Ortsbehörde getroffen worden. — Die Schulprüfungen aus den Dörfern sind jetzt fast überall abgehalten. Die betreffenden Schulinspektoren von Zegrze, Kattaw, Głogow, Karamowice, Jezyce und Winiary haben auch diesmal die fleißigen Schullehrer mit Büchern, Schreibheften zc. bedacht. Die Gemeinde Winiary besitzt ein sehr kleines und desolates Schulgebäude, worin die 30 Schüler wie eingepfercht im dumpfen Lokale sitzen. Der Schulvorstand ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Unterricht ohne Nachtheil für die Gesundheit des Lehrers wie der Schüler hier nicht länger betrieben werden kann, weshalb ein neues massives Schulhaus projektiert ist, und es wäre sehr zu wünschen, daß der Bau recht bald in Angriff genommen würde.

< Eissa, 29. April. [Lehrergesangfest; Revisionen; Schulwesen; kleine Notizen.] Nach einer Unterbrechung von 4 Jahren ist vom Vorstande des Posener Lehrergesangsvereins beschloffen, Vorkehrungen für das Zustandekommen des 8. Posener Lehrergesangfestes zu treffen. Bekanntlich sollte dasselbe in Schmiegel im Jahre 1859 abgehalten werden. Die in diesem Jahre eingetretene Mobilmachung ließ es jedoch wünschenswerth erscheinen, die Feier auszusetzen, und da im vorigen Jahre das Provinzialfängereise in Wronstadt stattfand, so mußte die Abhaltung des 8. Lehrermusikfestes bis zum Jahre 1861 ausgesetzt bleiben. Von dem Umfange der eingehenden Meldungen zur Theilnahme dürfte es jedoch abhängen, ob dasselbe noch in diesem Jahre im Stande kommt. — Während der vorigen Woche revidirte der Herr H. Sigizath vom k. Prov. Steuerdirektorium in Posen die Bureaus des hiesigen k. Haupt-Steueramts und fand dem Vernehmen nach Alles in vorchriftmäßiger Ordnung. — Am 25. d. unterwarf Reg. Schulrath Dr. Meyring seine ferner fünfjährige, jüdische Stadtschule einer speziellen Revision und sprach seine Zufriedenheit über die Leistungen in anerkenntenden Worten aus. Rachmittags konferirte er mit dem Vorstande der Schule beaufw. Belegung einer von den Lehrern der Anstalt beim Unterrichtsministerium angebrachten Beschwerde wegen Ueberschreitung im Amte und Bitte um Anstellung eines fünften Lehrers. Auf die wiederholten Anträge des Schulvorstandes bei der hohen und höchsten Unterrichtsbehörde war nämlich im Jahre 1854 nachgegeben worden, die Anstellung von 6 Klassen auf 4 zu reduciren und von den aus derselben wirkenden Lehrern zwei in den Ruhestand zu versetzen. Sogzwischen erwiesen sich die jenen Anträgen zu Grunde gelegten statistischen Angaben als irrig, so daß sich bereits im Jahre 1858 in Folge Ueberfüllung mehrerer Klassen und Ungenügsamkeit der vorhandenen Lokale die Nothwendigkeit der Einrichtung eines fünften Klassen herausstellte. Von der Anstellung eines fünften Lehrers ward aber abgelehnt, vielmehr an die vorhandenen vier Hauptlehrer die Zumuthung gestellt, durch Ertheilung von sechs wöchentlichen Lehrstunden den Unterricht in der fünften Klasse ohne Entschädigung mit zu versehen. Alle Remonstrationen blieben fruchtlos, und die Lehrer haben sich mit ihrer Beschwerde an das Ministerium gewendet, dessen Entscheidung sie demnachst gewärtigen. — Beim Richter des Geköales eines im Umbau begriffenen Gebäudes verunglückte vorige Woche ein Zimmergeßel. Ein herabstürzender Balken zerstückerte ihm das Bein, so daß er sofort nach dem Stadtlazareth gebracht werden mußte. — Seit 14 Tagen leben auch wir unter dem Einflusse trauriger Witterungsverhältnisse. Mit empfindlichen Nachfrösten wechseln heftige West- und Nordwestwinde, Schneefall, Hagel- und Regengüsse fast ununterbrochen, und nur selten kommt die Sonne auf wenige Minuten zum Vorschein. Durch die Nachfröste haben insbesondere die Pflanz-, Apfelfen- und Kirschbäume gelitten. Ueber die nachtheilige Wirkung auf die Winterpflanzungen läßt sich für jetzt noch nichts bestimmen. Jedemfalls erscheinen uns die hier und da geäußerten Befürchtungen in Betreff derselben mindestens übertrieben. Die Beforgung der Sommerungen wird jedoch durch diese Witterungsverhältnisse sehr zurückgehalten.

**E Erin, 29. April.** [Schulwesen; Kirchenbau; Wetter; Wand erun.] Am 27. d. erfolgte auf höhere Anordnung durch die Gemeinde die Wahl dreier anderer Vorsteher für die hiesige evang. Schule. Der gebildete, einflussvolle Theil brachte nur mit geringer Mehrheit seine Kandidaturen durch, da die früheren Vorsteher in manchen Kreisen starken Anhang hatten, und dieser stimmte wieder für die bisherigen Vorsteher, die dies Amt nicht mehr fortführen sollen, da sie mit dem Lehrer von Anfang an in Unfrieden gelebt, und auch die Schule seit ihrer Amtszeit sich in einer traurigen Lage befindet. Hat doch bei diesen Vorstehern, da sie die Schulbeitragsrepartition nicht unterschreiben wollen, der Lehrer nicht nur bereits für drei Monate Jahres nicht mehr Gehalt erhalten, sondern auch ebenso wenig für das erste Quartal vorigen Jahres, wie auch noch nicht die ihm von der k. Regierung zugesprochenen 3/4 der Beiträge von den neu eingeschulten Gemeinden für 1859 und 1860, insgesamt über 100 Thlr. Ist doch auch während des ganzen verfloßenen Winters nie vor 8 Uhr, nicht selten erst um 9 Uhr das Schullokal geheizt worden, wodurch für den Unterricht täglich bis zwei Stunden verloren gingen, und seit Ostern hat man ganz mit der Heizung aufgehört. In Folge dessen bringen jetzt die Schulkinder täglich selbst von Hause Holz zur Schule und heizen damit. Man darf wohl auf baldige Aenderung dieser und anderer Missstände hoffen, da die Wahl auf einflussvolle Männer gefallen ist und die Mehrzahl der Gemeindeglieder an ihrer öffentlichen Schule hängt. — Die zweite kath. Schulklasse hat nun auch wieder Unterricht, da die Vorsteher für Beschaffung eines Lokals Sorge getragen haben. — Die noch neue, massive evang. Kirche zu Samoczyn, der einzigen Stadt des diesseitigen Regierungsbezirks ohne kath. Kirche, ist ungeachtet der vorjährigen Abweisung des Filials Ende denkwürdiger zu einer selbständigen Pfarre mit ihren fast 600 Sippjahren doch nicht groß genug, und darum wird auf dem östlichen Ende ein bedeutender Anbau bis dicht an den isolirt stehenden massiven Glockenthurm gleich nach Pfingsten beginnen, wozu das Baumaterial an Ziegeln und Holz der dortige Kaufmann Richter unentgeltlich liefert. Auch ein angemessenes Dögelwerk soll angeschafft werden. Für den mit der Kirche verbundenen Thurm wäre dort, da derselbe im Mauerwerke wenig über die Giebelhöhe der Kirche hervorsragt, eine Erhöhung wünschenswerth. — Die wieder recht empfindliche Kälte, die uns täglich schon eine ganze Woche unauflösllich Hagel- und Schneehauer bringt, steigerte sich in den Nächten zum 24. und 27. d. so, daß das Thermometer um 7 Uhr früh noch 10 Grad Kälte zeigte und in den mit Wasser gefüll-

ten Gefäßen im Freien 1/4 Zoll starkes Eis sich fand. Den früh gefäeten, schon ziemlich vorgeschrittenen Delaaten ist die Blüte durch diesen Frost fast gänzlich zerstört, auch in den Gärten sind viele Blumenpflanzen vernichtet.

[Eingekendet.]

Von G. Marcus ist (bei Händel in Leipzig) vor Kurzem eine übersichtliche Zusammenstellung der Staats- und Privat-Lotterien, oder Prämien-Anleihen mit dem bis auf die neueste Zeit geordneten Verzeichnisse der gezogenen Serien oder Lose erschienen.

Strombericht. Oborniker Brücke.

Am 29. April. Kahn Nr. 2511, Schiffer Johann Gottfried Krieger, und Kahn Nr. 4284, Schiffer Hermann Schabel, beide von Fürstenwalde nach Posen mit Gypsmehl; Kahn Nr. 7377, Schiffer Heinrich Korfow, Kahn Nr. 185,

Schiffer Wilhelm Hübler, und Kahn Nr. 4, Schiffer Heinrich Bahne, alle drei von Birnbaum nach Posen mit Dachta; Kahn Nr. 8947, Schiffer Wilh. Dorfert, und Kahn Nr. 24, Schiffer Isid. Zedler, beide von Stettin nach Posen mit Steinkohlen.

Angekommene Fremde.

Am 29. u. 1861.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Kaus Mar. Goslin, die Gutsbesitzer v. Jafowski aus Jarzabowo und Jasniewski aus Pietrowo, Bürger Knyski aus Pudewitz, Gutsbesitzer v. Conrad aus Tschin, die Pferdehändler Käsch und Zalowski Dresden.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Del aus Koloazkovo, Graf Starb und v. Woldek aus Warschau, v. Krzyński aus Stare, v. Mierzynski aus Bythin, v. Jaraczewski aus Poznan und v. Jaraczewski aus Laska, Frau Kreisrichter v. Potworowski Breschen, die Gutsb. Frauen v. Jaraczewski aus Jaraczowo und Jaraczewski aus Ostel.

BUDWIG'S HOTEL. Die Gutsbesitzer Varenburg aus Radomsk und Kosmowski aus Dominowo, Ziniper Kirke aus Slinowo, Gastwirth Sonnenberg und die Kaufleute egner aus Zerlow, Mojewius aus Stoly, Marcuse aus Köslin, Hlich aus Mikostaw, Raphael aus Schroda, Ephraim aus Grätz unkaufmann aus Gollanz.

EICHENER BORN. Kaufmannsle Magur aus Klerzewo, Kürschnermeister Joseph aus Breschen, dKaufleute Herzfeld aus Grätz, Blumenhal aus Samoczyn und Mayaus Koin.

Vom 1. April.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Grafmajor und Inspektor der 3. Artillerie - Inspektion Gindersin, Preuzlieutenant Schoenfelder und Sängerein

Fräulein Truffel aus Breslau, Ingenieur Baerwald aus Bromberg und Kaufmann Fiedler aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. Frauen v. Moraczewski aus Chahaw und v. Kadosza aus Rzegocin, die Rittergutsb. v. Bogdaniski aus Rakel, v. Lubicki, Metkiewicz und Hauslehrer Raficun aus Berlin, Stefan Janowski aus Bytkow und Kaufmann Bertram aus Aachen.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Frau Rittergutsb. v. Morawska und Fräulein v. Morawska aus Dporowo, Gutsb. Wandelt nebst Frau und Rittmeister a. D. Busse aus Tarnowo, Lieutenant im 2. Landwehregular-Regiment Atermann aus Ehrlich und Kaufmann Asch aus Rawicz.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Königl. Kammerherr Graf Jaczowski aus Jaraczowo, die Gutsb. v. Ohlen aus Schlesien und v. Wittgenstein aus Mecklenburg, General-Agent Hanke aus Berlin, Inspecionsbeamter Rinder aus Schmedt, Fabrikant Müller aus Gießen, Buchhändler Scheibel aus Eissa, Inspektor der "Colonia" Linz aus Köln, die Kaufleute Beer und Weiß aus Berlin, Müdel aus Dülken, Abrendt aus Mainz, Willich aus Bremen und Grünher aus Leipzig.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Graeve aus Berlin, Bollmann aus Schrimm und Emms aus Aachen, Pastor Floeter aus Aions, Königl. Oberamtmann Buchholz aus Delitz, Rittergutsb. Kersten aus Dobberpyhl, Gutsadministrators v. Thadden aus Schmiedefeld, die Gutsbesitzer Kujcha aus Hirtendorf und Rast aus Krzyzowick.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Friedenthal aus Janowick, Heppner aus Jaraczewo, Korke aus Pajewalk und Wolsner aus Brandenburg, Inspektor Preuß aus Zultow, Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Gummi- und Gutta-Percha-Fabrikate

für Maschinen-, Fuch-, Zucker- und Spinn-Fabriken, Bergwerke, Hüttenanlagen und Eisenbahnen, Brauereien und Weinändler etc. etc. liefert nach Maass oder Zeichnungen Henry Sachs, Berlin.

Zum Auspielen auf Schützenplätzen

lasse ich jetzt eine Partie geeigneter Gegenstände in weißem und coloriertem Glase, so wie Gläser in allen Facons mit Schnitt (Guirlanden-Verzierungen) anfertigen und werde davon meiner Niederlage in

Posen, Breslauerstraße Nr. 13,

im Laufe der nächsten 8 Tage Zuforderungen machen. Ich empfehle diese meine Fabrikate sowohl, wie Porzellan und Steingut zu den solidesten Preisen.

Glasfabrik Lomnitz bei Reutchen, den 26. April 1861. Herm. Moebius.

Dr. Suin

do Boutomard's

aromatische Zahn-Pasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne, abtun zu lassen.

Wir sind in der angenehmen Lage, den HH. Deonomen, Viehzüchtern u. a. in einem authentischen Schreiben den erneuerten Beweis liefern zu können, wie das rühmlich bekannte Korneburger Vieh-Nähr- und Heilpulver auch im Auslande bereits das ausgezeichnetste Renommé erlangt hat.

Bern (Schweiz), 31. Jänner 1861.

Er. Wohlgeborenen Herrn Eugen Fürst, Vorstand der prakt. Gartenbau-Gesellschaft und Gutsbesitzer zu Frauendorf in Bayern.

Ich bin neuerdings so frei, Ihre Gefälligkeit in Anspruch zu nehmen, und Sie um eine neue Sendung Korneburger Vieh-Nähr- und Heilpulver zu eruchen, und zwar wünschte ich dieses Mal nicht weniger als 50 oder 100 Pakete zu erhalten.

Ich habe wahre Wunderkuren gesehen, so z. B. an einem alten, seit mehreren Jahren dämpfenden Pferde, welches der Besitzer desselben im Begriffe war, abtun zu lassen.

Das Pferd war eine wahre Martergestalt; als ich es beschäftigte, konnte dasselbe kaum mehr stehen, lehnte an der Wand, die Augen halb geschlossen, frag beinahe nichts, und athmete so tief (schlug mit den Flanken), hustete so unheimlich tonlos, daß ich selbst an irgend ein Gelingen der Kur nicht glaubte.

Wenn nun solche Wunder am dürrten Holze geschehen, was soll denn erst am grünen werden? Zwischen habe ich die Ehre, mich Ihnen auf's Freundschaftlichste zu empfehlen.

F. v. Zundermühle-Wythenbach m. p., Major.

Das neueste, beste und ganz unschädliche königl. großbritannische und kaiserl. französische privilegirte Haarfärbungsmittel

in Schwarz, Braun, Gelbbrunn und Blond von F. Z. Schayler in London.

Ohne irgend einen Nachtheil befürchten zu müssen, kann Jedermann in der kurzen Zeit von 10 Minuten sich die Kopf- und Barthaare in allen beliebigen Farben färben.

Die Vorzüglichkeit dieses Artikels übertrifft alles bis jetzt existirende.

Zu bekommen in Posen und Umgegend in der Weiß- und Kurwaaren-Handlung bei S. Spiro, Markt 87.

Hoff'scher Malzextrakt

ist wieder vorrätig. Louis Pulvermacher, Breitestraße Nr. 12.

Bonillon und Pasteten, Chocolade à la d'Heureuse, engl. Porter empfiehlt A. Pfitzer, Markt Nr. 6.

Tranchir-, Tafel-, Dessert-, Taschen-, Feder-, Garten-, Rasir-, Küchen-, wie überhaupt die verschiedenartigsten Messer und Scheeren, Schöpf-, Adler-, thier-ärztliche und Schafzucker-Instrumente, Schaffscheeren, Schafmarkirungen, Gartenschneeren, Zuckerzangen, Spargelmesser und alle in mein Fach gehörigen Gegenstände, sind in reicher Auswahl zu soliden Preisen vorrätig bei

C. Preiss,

Messerschmiedemeister, Neuestraße Nr. 3. Vergleichsgegenstände werden daselbst auch sorgfältig geschliffen und reparirt.

Für Schüler

empfeilt grünladirte Botanikerklempeln verschiedener Größe, von 5-25 Sar, der Klempnermeister R. Asch, Markt 95.

Kapstücken,

bester Qualität, offeriren billigst L. Kasket & J. Munk, Breitestraße Nr. 22.

aus geläuterten und vollkommen geeigneten Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne, abtun zu lassen. Dr. Suin de Boutomard's Zahnseife empfiehlt sich daher die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Eine zweite Sendung echt Korbacher Bod-Bier wird dem geehrten Publikum von heute ab empfohlen.

M. W. Falk, Schloßstraße Nr. 4.

Von großen, süßen türkischen Tafel-pflaumen (ausgezeichnete Frucht), desgleichen ungarischen Pfäumen empfing neue Sendung und empfiehlt solche à Pfd. 3 Sgr. und 2 Sgr.

Emil Kirchner Nachfolger, am Sapiehaplag.

Natharin-Pflaumen, als Supérieurs, Bannas-Pflaumen und Fretins empfiehlt à Pfund 5, 4 und 2 1/2 Sgr.

Emil Kirchner Nachfolger, am Sapiehaplag.

Gute, fette Koch- und Backbutter verkaufe von heute ab das Pfund à 8 Sgr.

Adolph Bernstein.

Die beliebte frische Tafelbutter, best. Limb. Sabnläse (gibt u. fett), sowie neue Citr. u. Apfels. bill. Kleckhoff, Krammerstraße 12.

Stralsunder Bratheringe empfiehlt Adolph Bernstein, Schloßstraßen- und Markt Nr. 5.

Lotterie-Lose, 1/1, 1/2, 1/4, 4. Kl. abzul. Briefe an N. Gille, Bibliothek, Schleuse 11, Berlin.

Schiller-Lotterie.

Wiederholtlich fordere ich die Zuhörer der Empfangsbegehörungen an, die für die Nummern von 5735 bis einschließlich Nr. 169,354 bereits eingetroffenen Gewinne in Empfang zu nehmen.

Der Lotterie-Übereinehmer Bielefeld.

Die Gewinnliste der 123. Klassenlotterie 4. Klasse ist während der Ziehung bei mir täglich einzusehen.

Adolph Latz, vis-à-vis dem Theater.

Anzeige. Vom heutigen Tage ab habe ich mein Apothelengeschäft von dem Grundstücke Nr. 129 nach Nr. 27 hieselbst verlegt, wovon ich ein hochverehrtes Publikum hierdurch ergebnen in Kenntniz setze.

Stenszewo, den 28. April 1861. H. Jacobi, Apothekenbesitzer.

Eine gut möblirte Stube ist Neustädtischen Markt Nr. 3 vom 1. Mai ab zu vermieten. Das Nähere ist daselbst im zweiten Stock zu erfragen.

Bäckersstraße Nr. 11 im großen Eckhause, Beletage, 1 möbl. Zimmer zu verm.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Birnbaum, den 23. November 1860.

Das zu Groß-Ruttom unter Nr. 1 belegene, den Leutenant Rudolph und Mathilde geb. Eichtenstein-Hoffmann'schen Eheleuten gehörige Vorwerk, abgetheilt auf 95,684 Tblr. 18 Sgr. 3 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tare, soll

am 8. Juli 1861 Vormittags um 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Ediktal-Zitation.

Der Bergmann Carl Kowinski, welcher von Sophienthal bei Jordon nach Gulez verzoogen und am 26. Juni 1859 als Chirurgengehilfe zum Militär nach Schneidmühl einbeordert worden, im November 1859 aber wieder entlassen ist, hat seit jener Zeit nichts mehr von sich hören lassen. Derselbe wird auf den Antrag seiner zurückgelassenen Ehefrau, der Hebamme Kowinska, Florentine geb. Koralewska in Gulez, hierdurch aufgefordert, sich binnen 3 Monaten und spätestens bis zum

den 20. Juli 1861 zu derselben zurückzubehelien, oder seinen Aufenthaltsort anzuzeigen, widrigenfalls seine Ehefrau wegen bösslicher Verlassung, zur Scheidungslage gegen ihn verflattet werden wird.

Schönlanke, den 10. April 1861. Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Wasserheilanstalt Schweizermühle

im Bielgrunde, sächsische Schweiz, wird am 15. April wieder eröffnet. Arzt Dr. Herzog. Nächste Eisenbahnstationen: Pirna oder Königstein.

Vom Bandwurm

heilt gefahrlos in 2 Stunden Dr. Moch in Wien. Arznei versendbar. Näheres brieflich.

Es empfiehlt sich die Friseurin Fichtner, große Ritterstraße Nr. 8.

Den Blumen- und Gartenfreunden, Land- und Forstwirthen

empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirthschaftlichen und Garten-Samereien, und sicut mein spezielles Samenverzeichniß gratis und franco zu Diensten.

Auch empfehle ich Mais in bester Qualität.

Posen, im Frühjahr 1861. Samen-Handlung von Heinrich Mayer, Kunst- u. Handelsgärtner, Königstraße 6/7 u. 15 a.

Die Leinenwaaren-Fabrik

von Moritz Bendix, Bergstraße 6, Parterre,

empfiehlt 1/2 breite geleichte Creas, reines Handgespinnst, in schwerer Qualität, 50 Verl. Ellen von 6 Tblr., 1/3 breite 51 Ellen von 7 Tblr., 1/4 breite Weben 60 Ellen von 9 Tblr., 1/5 breite Weben 70 Ellen von vier Bezügen von 12 Tblr., 1/6 breite Bettlaken-Einwand von 10 Sgr., 1/8 breite von 12 1/2 Sgr. die Elle, und rein leinene Taschentücher von 1 Tblr. 15 Sgr. das Duzend an.

Dezimal-Brüdenwaagen

mit verbesserter Konstruktion empfiehlt die Eisenhandlung von Magnus Beradt, Breitestraße Nr. 20.

Dachpappe

aus der vorzüglichsten Fabrik von W. Wolfhelm in Stettin hält großes Lager und übernimmt Eindeckungen jeder Art

Julius Scheding, Posen, Ballischei an der Brücke.

Das größte Lager gedreht lederner Aker- oder Fornalgeschirre, sowie feine leichte Sommergeschirre von Gurte mit Lederbeß, beides komplet, empfiehlt die Niererei- und Seilerei-Fabrik von Julius Scheding, Verkaufsstel: Ballischei a. d. Brücke.

